Nr. 130. | Dienstag, den 7. Juni. | 1898

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XVII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Socialpolitische Umschau.

— Anfang Juni. —

Die unentgeltliche Arbeitsvermittelung durch die Städte, oder wenigstens unter städtischer Beihilfe, gewinnt ständig an Ausbreitung, namentlich in Württemberg. Dort sind jetzt in dreizehn Städten städtische Arbeitsämter begründet, die sich mit Arbeiterfragen, besonders aber mit der Arbeitsvermittelung beschäftigen. In Baiern ist man daran, wie in Württemberg, die Arbeitsvermittelung zu centralisiren, und zwar nach einem Entwurf des bekanntlich mit großen Erfolgen als Arbeitsvermittelungsanstalten thätigen Arbeitsamtes in München. Die baierische Regierung wünscht jedoch, daß die centralisirten Arbeitsvermittelungsanstalten namentlich die Bedürfnisse der Landwirthschaft an Dienstboten und Arbeitern berücksichtigen und den Zuzug junger Leute aus den ländlichen Bezirken nach den Städten zu hindern suchen. Viel weitere Ziele als die deutschen städtischen Arbeitsämter haben sich bekanntlich die französischen Arbeitsbörsen gesteckt, welche gleichfalls von den Gemeinden Unterstützung beziehen. Nach einer neueren Veröffentlichung im Bulletin de l'office du Travail bestanden am 1. Juli 1897 in Frankreich und Algier 49 Arbeitsbörsen, die 1047 Gewerkvereine mit 166 886 Mitgliedern umfaßten. Diese Börsen hatten im Jahre vorher aus Departementsmitteln 17900 und aus städtischen Mitteln 322260 Franken bezogen. Die französischen Arbeitsbörsen wollen die gesammten Interessen der Arbeiter wahren und keineswegs nur Stellen vermitteln; vielfach sind sie auch in umfangreicher Weise für die geistige und berufliche Bildung der Arbeiter thätig. In England haben die städtischen Verwaltungen seit einiger Zeit mehr und mehr einen den Arbeitern günstigen socialen Einfluß in der Art zu üben gesucht, daß sie bei der Vergebung der Gemeindearbeiten den Unternehmern bindende Vorschriften über Arbeitszeit, Lohnhöhe 2c. machten. Nach einem Bericht des englischen Ministeriums des Innern an das Parlament werden derartige Bedingungen jetzt in 1086 städtischen Districten mit etwa 17 Millionen Einwohnern den Unternehmern gestellt; London ist dabei nicht inbegriffen.

In einer socialpolitischen Umschau verdient es Erwähnung, daß die Zahl der Colonisten in den deutschen Arbeitercolonien im vorigen Jahr seit dem Bestehen dieser Anstalten 100 000 überschritten hat. Im Jahre 1897 wurden in die sämmtlichen 24 Arbeitercolonien mehr als 7000 Personen aufgenommen, von denen 27 über 70 und 1500 unter 20 Jahre alt waren. Von den 24 Arbeitercolonien befinden sich 18 in Preußen. Bemerkenswerth ist es auch, daß die österreichische Regierung zum Schutz der einheimischen Arbeiter angeordnet hat, an Bahnbauten möglichst ausländische Arbeiter nicht zu beschäftigen. Auch einzelne deutsche Städte haben in letzter Zeit bei Gemeindearbeiten das Gleiche zu erreichen versucht; nicht immer mit Erfolg, denn für gewisse schwere oder unangenehme Erdarbeiten sind nach dem Urtheil von Fachmännern bestimmte ausländische Arbeitskräfte kaum zu entbehren. Besonders tragisch haben sich im letzten Monat die socialen Verhältnisse in Italien gestaltet. Der schreckliche Ausbruch der Volksleidenschaften in einzelnen Gegenden dieses Landes erklärt sich aus den öffentlichen socialen Zuständen, so sehr man diese auch beschönigen möge. Der Steuerdruck ist erheblich und die Bezahlung eine äußerst dürftige. So wird aus den Reisdistricten der Gegend von Bologna berichtet, daß eine Familie im Jahre nur 400 Lire verdiene, von denen oft 4—5 Personen leben müßten. Derartige Löhne sind selbst in den heruntergekommensten deutschen Erwerbsarten, wie in der Handweberei, selten. Trotzdem würde die Reichscommission für Arbeiterstatistik sich jedenfalls ein Verdienst erwerben, wenn sie einmal an der Hand exacter amtlicher Ermittelungen die Zustände in diesem absterbenden, einst so glänzenden Zweige deutscher Arbeit beleuchten wollte. Die genannte Commission wird anfangs Juni wieder zusammentreten, um Erhebungen über die Verhältnisse der im Gastwirthschaftsgewerbe beschäftigten Personen zu erörtern, ferner Erhebungen über die Sonntagsarbeit im Binnenschiffahrts- und Flößereigewerbe einzuleiten und jene über die Arbeitszeit in Getreidemühlen zum Abschluß zu bringen. Der Referent der Commission, Dr. Wörrishofer, schlägt in dem an den Reichskanzler zu erstattenden Bericht über die letzte Erhebung vor, es solle festgesetzt werden, daß in Wassermühlen mit einer Hilfsperson den Gesellen wenigstens täglich eine zusammenhängende Ruhezeit von 8 Stunden bewilligt werde, in Mühlen mit mehreren Hilfskräften die Arbeitszeit der einzelnen Gesellen aber nicht länger als täglich 14 Stunden dauern möge. Dabei sollen jedoch noch mehrfach Ausnahmen gestattet sein. Im Regierungsbezirk Düsseldorf ist verordnet worden, daß in der Textilindustrie, bei der Herstellung von Zündholzschachteln, Kleidern, Wäsche, Metallwaaren Kinder auch in der Hausindustrie weder vor Beginn des Schulunterrichts, noch zwischen Vormittags- und Nachmittagsunterricht und auch nicht Abends nach 7 Uhr beschäftigt werden dürfen. In Baiern hat das Ministerium des Innern gleichfalls verboten, Kinder unter 14 Jahren zum Kegelaufsetzen, Austragen von Nahrungsmitteln, Hausiren mit Blumen etc. zu verwenden, auch sollen die Kreisverwaltungen die gesundheitsschädliche Ausnutzung der Kinder in der Hausindustrie nach Möglichkeit verhindern.

Derartige Bestrebungen sind ganz gewiß löblich, aber sie werden erst dann einen durchgreifenden Erfolg haben, wenn den erwerbsthätigen Kindern ein ausgedehnterer reichsgesetzlicher Schutz gewährt werden wird.

Politische Tagesschau.

Danzig, 6. Juni.

Wissenschaftliche Phantasieen.

Kurz vor den Wahlen hütet sich die conservative Presse begreiflicher Weise, ihrer Abneigung gegen die Exportindustrie Ausdruck zu geben. Desto eifriger aber benutzt sie jede Gelegenheit, die Bedeutung der Industrie für die wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands nach Möglichkeit herabzusetzen. Sehr zur rechten Zeit kommt ihr da die in dem letzten Heft des Schmoller'schen Jahrbuchs veröffentlichte Abhandlung des Herrn Dr. Ballod über die Bedeutung von Landwirthschaft und Industrie. Der Verfasser kommt zu dem Ergebniß, daß die Production dieser beiden Factoren im großen und ganzen eine gleichwerthige sei, so daß also Deutschland nicht als Industriestaat zu betrachten sei. Auf der anderen Seite aber muß er zugeben, daß Deutschland auch nicht ein „Agrarstaat" sei, d. h. daß die deutsche Landwirthschaft den für die Erhaltung der Bevölkerung ausreichenden Bedarf an landwirthschaftlichen Producten zu beschaffen nicht im Stande sei. In dieser Hinsicht kann man sich sehr leicht dahin verständigen, daß Deutschland zur Zeit weder ein Industrie- noch Agrarstaat sei — eine Ansicht, die bekanntlich auch Graf Caprivi vertreten hat. Für die Erledigung der zur Zeit zwischen diesen beiden Factoren bestehenden wirthschaftspolitischen Streitfragen hat diese Erörterung unserer Ansicht nach keinerlei wesentliche Bedeutung. Mag man, wie Dr. Ballod, die Zahl der Arbeiter, die für die industrielle Ausfuhr erforderlich sind, auf eine Million oder höher veranschlagen — unter allen Umständen würde diese Million Arbeiter brodlos werden, wenn Deutschland sich einer Wirthschaftspolitik befleißigte, welche den Export wesentlich schädigen müßte. Ueberdies wird ja auch der jährliche Zuwachs der Bevölkerung von 800 000 Köpfen in Rechnung gezogen werden müssen. Diesem Bedürfniß glaubt Herr Dr. Ballod — und darin begegnen sich seine Gedanken mit den der „Kreuzztg." etc. — nicht durch eine weitere Entwickelung der Industrie, sondern durch eine Steigerung der landwirthschaftlichen Production entsprechen zu können. Diese aber hält er nur für möglich, wenn durch hohe Preise der landwirthschaftlichen Producte ein ganz bedeutender Anreiz gegeben werde. Aber selbst das — nämlich eine starke Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle, scheint Herrn Ballod noch nicht genügend. Er kommt auf einen früheren Gedanken des Herrn Schmoller aus der Zeit, wo Ersatzvorschläge für den Antrag Kanitz im Schwange waren, zurück und empfiehlt die Schaffung von jährlich 20 bis 30 000 landwirthschaftlichen Kleinbetrieben an Stelle der verschuldeten, wirthschaftlich rückständigen Güter, wozu nach seiner Berechnung nur 5 Milliarden Mark gehören. „Dafür", schreibt der Verfasser, „hätte man aber die Möglichkeit, ein volles Menschenalter hindurch erfolgreich innere Colonisation zu treiben, eine Verdichtung der landwirthschaftlichen Bevölkerung um etwa 3/4 Millionen Kleinbetriebe und damit Mehrabsatz der Industrie im Inlande zu fördern."

Gegenüber diesen Phantasien in Form wissenschaftlicher Erörterungen muß man die Frage aufwerfen, wie in der Zwischenzeit der Unterhalt für die jährlich um etwa 800 000 Köpfe anwachsende Bevölkerung beschafft werden soll?

Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Am 12. Januar d. J. fand in Schönfeld a. O., Kreis Crossen, eine überaus gut besuchte Versammlung des Bauernvereins „Nordost" statt, der als beaufsichtigende Beamte der Amtsvorsteher Lindenberg-Schmachtenhagen und ein Gendarmerie-Oberwachtmeister aus Crossen beiwohnten. Für die Versammlung hatte ein Restgutsbesitzer zwei Räume zur Verfügung gestellt, die überfüllt waren. Aus verschiedenen Gründen wurden die Fenster geöffnet und hat eine Anzahl Draußenstehender aller Wahrscheinlichkeit nach den Vortrag angehört. Die beaufsichtigenden Beamten schritten gegen die getroffenen Maßnahmen nicht ein, die Versammlung fand statt und hatte großen Erfolg. Zum Erstaunen der Betheiligten hat jetzt, nach mehr als vier Monaten, der Amtsvorsteher eine Anzeige erstattet, weil nach seiner Ansicht durch das Oeffnen der Fenster der Versammlung die Eigenschaft einer solchen unter freiem Himmel gegeben worden und die für dieselbe nothwendige Genehmigung nicht eingeholt war. Der Redner des „Nordost" ist, wie man der „Liberalen Corr." schreibt, bereits vernommen und darf man einigermaßen neugierig sein, ob gegen ihn Anklage erhoben werden wird. Sollte dies geschehen und eine Verurtheilung erfolgen, (?) dann müssen in Zukunft bei allen Versammlungen die Fenster geschlossen bleiben, was bei der häufig unangenehmen Athmosphäre, die in kleineren Versammlungsräumen herrscht, belästigend wirken würde. Es ist kaum anzunehmen, daß die Richter sich der Ansicht des Herrn Amtsvorstehers, der die Oeffnung der Fenster nicht verhindert und erst nach Monaten die Anzeige gemacht hat. Der Herr Amtsvorsteher wird zugeben müssen, daß sowohl er, als auch der Gensdarm, sowie der Redner und die die Räume füllenden Landleute nicht unter freiem Himmel standen.

Das österreichische Elend.

Vorgestern ist nun das österreichische Abgeordnetenhaus wieder zusammengetreten und gleich die erste Sitzung hat bewiesen, daß Graf Thun entweder gehen oder umkehren muß, wenn es nicht zur wirthschaftlichen Trennung Oesterreichs von Ungarn und zum Absolutismus in Oesterreich kommen soll.

Graf Thun will auf dem Verwaltungswege erreichen, was auf dem Gesetzgebungswege nicht durchführbar ist: die Unterdrückung des Deutschthums. Für die Auflösung des Grazer Gemeinderaths und vollends für das Verbot des deutschböhmischen Städtetages und die Beförderung des Justizministers im Cabinet Badeni Grafen Gleispach zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Graz giebt es gar keine andere Deutung, als daß Graf Thun nach dem bekannten alten Recept aller Reactionäre die Deutschen durch fortgesetzte Verhöhnung und Vergewaltigung zur schärfsten Opposition reizen will, um dann auf Grund dieser ihrer Opposition das „unfruchtbare" Parlament nach Hause schicken und die absolutistische Regierung einführen zu können. Indem man dann die Deutschen für das Scheitern des Aus-

---

Der Kampf mit dem Schicksal.

Roman von Hermann Heinrich.

18) (Fortsetzung.)

Am nächsten Morgen saß der Amtsrath beim Kaffee, während Richard in der Ziegelei beschäftigt war. Alles war danach angethan, den alten Herrn in die glücklichste Seelenstimmung zu versetzen, die Aussicht auf Richards nahe Verlobung, der vorzügliche Kaffee, das leckere Butterbrödchen, die schwere Havanna, deren Duft seine Nase umkoste und das Zimmer erfüllte. Da trat Frau Ladewig ein und erklärte kurz und bündig, daß sie ihre Stelle zum nächsten Herbst verlassen werde.

Der Amtsrath war tief beleidigt. „Ladewigen, machen Sie doch nicht solche albernen Geschichten!"

„Gar keine Geschichten, sondern die reine Wahrheit."

„Aber warum denn?"

„Aus Altersschwäche."

„Schämen Sie sich, Ladewigen, so etwas zu sagen!" rief der alte Herr. „Sie können es noch mit zehn Männern aufnehmen. Sie sollten dem lieben Gott dafür danken, daß Sie noch arbeiten können. Sehen Sie mich an! Ich bedarf der Ruhe mehr als Sie, und ich denke noch gar nicht daran, mich für invalide zu erklären."

Aber weder die gütige Zurede noch die offene Ungnade des Amtsraths konnten die Wirthschafterin in ihrem Entschlusse wankend machen. „Was Sie thun wollen", sagte er, „ist Fahnenflucht, ist Verrath. Nicht einen Pfennig Pension bekommen Sie, Sie heimtückisches Weib!"

„Sie können mir mit Ihrer Pension den Buckel lang runter laufen", entgegnete sie stolz. „Die alte Ladewigen ist auf die Gnade von solchen alten hochbeinigen Krippensetzern nicht angewiesen. Gott sei Dank." Damit ging sie.

„Sie meint's ernst", seufzte der Amtsrath, und er wußte aus Erfahrung, daß die Alte in ihrem Eigensinn nicht wankend zu machen war. In großer Aufregung nahm er mit Richard Rücksprache. „Nun habe ich auch die Geschichte satt. Ich setze mich zur Ruhe und du heirathest!"

„Das ist ganz unmöglich, Vater."

„Unmöglich?" rief er, indem er die Augen weit aufriß und den aufsteigenden Zorn mit Mühe zurückhielt. „Du und Fräulein Held, Ihr seid doch einig?"

„Ja, aber nur darin, daß wir uns nicht heirathen. Rege dich nicht auf, Vater, an der Thatsache ist doch nichts zu ändern. „Es fiele ihr nicht ein", sagte sie, „sich eines albernen Gerüchtes wegen zu verheirathen."

Der Amtsrath wetterte zehntausend Donnerwetter zusammen. Sofort ließ er anspannen und fuhr nach Brunow, um sich das Unglaubliche bestätigen zu lassen. Die Eltern Charlottens hatten zu ihrer aufrichtigen Betrübniß bereits die Willensmeinung ihrer Tochter kennen gelernt, und jetzt sagte sie dem Amtsrath selbst mit freundlichem Ernst und einer Bestimmtheit, die keinen Zweifel und keinen Widerspruch aufkommen ließ, daß aus ihr und Richard nichts werden könne. Der Amtsrath konnte sich in die neue Sachlage nicht finden. Ohne den dargereichten Imbiß zu sich genommen zu haben, jagte er nach Krahnepuhl zurück. Herr und Frau Held aber, so ernste Gesichter sie auch machten, konnten ein Gefühl der Genugthuung über den selbstbewußten Stolz der Tochter nicht unterdrücken. Sie waren auch auf den Amtsrath nicht angewiesen, sie konnten wählen.

„Es ist richtig, sie will das „stille Lottchen" bleiben", sagte der Amtsrath mit schneidender Ironie zu seinem Sohne.

„Wir werden ja deshalb nicht zu Grunde gehen", entgegnete Richard.

„Nein, bei Gott nicht!" Des Amtsraths Stolz flammte auf, und er betheuerte, daß er sich für seinen Sohn noch eine ganz andere Tochter aussuchen wolle. „Hätte ich's doch nie geglaubt, daß das Mädchen eine solche Gans ist."

„Das ist sie nun wohl gerade nicht", antwortete Richard. „Aber ich sehe gar nicht ein, warum unter allen Umständen geheirathet sein muß. Ich bin noch nicht dreißig Jahre alt, und du bist ein Mann in den besten Jahren. Wir können noch ganz gut ein paar Jahre warten. Alles, was wir brauchen, ist eine neue Wirthschafterin, und die werden wir ja bekommen."

„Das sollte ich meinen!" Des Amtsraths Gesicht nahm wieder einen stolzen, harten Ausdruck an. Die Arbeiter hatten böse Tage und Frau Ladewig würdigte er keines Grußes. Richard schmerzte es tief, seinen Vater täuschen zu müssen. Wieder empfand er den Zwang der Verhältnisse, die seinen Willen fesselten und der freien Entwicklung seines Ichs unübersteigbare Schranken setzten. Durch sein Verhalten suchte er gut zu machen, was er an seinem Vater sündigen mußte. Niemals hatte der Amtsrath einen gehorsameren, aufmerksameren Sohn gehabt, niemals hatte ein Mensch seine Launen geduldiger ertragen, als Richard. Die Seele des Alten fand nach und nach ihr Gleichgewicht wieder. Die Stelle der Wirthschafterin wurde in den gelesensten Blättern Berlins ausgeschrieben, und nicht lange dauerte es, so war der Amtsrath im Besitz von über zwanzig Meldungen. Das richtete ihn völlig wieder auf. Da sah man es nun, daß niemand unersetzlich war. „Wirthschafterinnen so viel, daß man die Havel damit zudämmen kann!" sagte er triumphirend zur Ladewigen, worauf diese kurz erwiderte: „Wenn sie nur wasserdicht sind."

Nun ging es ans Prüfen der Zeugnisse, ans Berathen und Wählen. Die meisten legte der Amtsrath sofort als ungeeignet zurück, nur drei stellte er schließlich zur engeren Wahl. Richard bemerkte mit Erschrecken, daß Franziska nicht unter ihnen war. Er suchte die Zeugnisse heraus und fragte: „Warum willst du von diesen Zeugnissen nichts wissen? Es sind die besten."

„Eine Frau Köhne? Lächerlich! Wie kann ich eine Wirthschafterin haben, die meinen Namen führt."

„Das ist in der That eigenthümlich", entgegnete Richard und legte die Zeugnisse zurück.

Um die wichtige Stelle gut zu besetzen, scheute der Amtsrath keine Mühe. Er wußte sehr wohl, daß zwischen den Zeugnissen und der Person oft ein großer Unterschied besteht, und daß die Herrschaften sich häufig scheuen, ein Urtheil niederzuschreiben, aus dem sie in mündlicher Unterredung kein Geheimniß machen. Er machte sich deshalb auf Reisen, nahm Rücksprache mit den Herrschaften und ließ sich die Damen vorstellen. Das Resultat war, daß er auf alle drei verzichtete.

„Die eine steht im begründeten Verdacht, daß sie in ihre eigene Tasche wirthschaftet, obgleich man ihr nichts nachweisen kann. Die andere zerschlägt alles Geschirr, das ihr in die Hände kommt, und die dritte ist im Punkte der Liebe nicht hartherzig genug. Sonst sind sie natürlich alle drei vorzüglich." So berichtete der Amtsrath seinem Sohne.

Die Ladewigen triumphirte: „Wasserdicht wie ein Sieb. Nun kann ja das Havelzudämmen losgehen."

„Es bleibt wirklich nur die Köhne", sagte der Amtsrath. „Wenn nur der fatale Name nicht wäre!"

Richard pochte das Herz. „Wir könnten sie ja beim Vornamen nennen."

„Das ist zu vertraulich, und Franziska ist kein Name für eine Wirthschafterin. Aber umtaufen! Nennen wir sie doch einfach auch „Ladewigen". Dann bleibt alles beim Alten."

„Wenn sie nur darauf eingeht."

„Warum sollte sie nicht? Die Person bekommt eine gute Stelle, und das ist für sie die Hauptsache."

Richard war verstimmt, aber er durfte sich nichts merken lassen. Die Reise nach Thüringen war in dieser Jahreszeit schon an sich ein Vergnügen, und die Entfernung konnte bei der Bedeutung der Sache nicht ins Gewicht fallen. Der Amtsrath reiste ab und kam nach einigen Tagen sehr befriedigt zurück.

„Die ist wasserdicht", berichtete er. „Bei der gab es nichts zu vertuschen. Der Frhr. v. Westphal, ein Gentleman vom Fuße bis zum Scheitel, kam mir mit der größten Offenherzigkeit entgegen. Er hätte sie selbst gern behalten, will aber natürlich auch ihrem Fortkommen nicht hinderlich sein. Die Person selbst ist groß, stark und bescheiden, sie ist mit der Aenderung des Namens einverstanden. Ihr Kind würde natürlich im Falle eines Engagements beim dortigen Schulmeister in Pflege bleiben. Sie hat nur einen Fehler, sie ist fast zu schön für eine Wirthschafterin. Aber wir sind wohl auch durch die Ladewigen an Häßlichkeit etwas verwöhnt. Ein Hinderungsgrund, meine ich, kann das wohl nicht sein. Meinst du nicht auch?"

Richard stimmte zu, und so wurde denn das Engagement der neuen Frau Ladewig beschlossen.

Der Amtsrath war mit der alten Wirthschafterin vollständig ausgesöhnt, er konnte sich aber nicht versagen, sie zu ärgern und seinen Trumpf auszuspielen. „Das ist eine Wirthschafterin!" rief er bewundernd aus. „Goldblondes Haar!"

„Also Rothkopf", nickte die Alte.

„Groß und schlank."

„Stackete."

„Jung und schön."

„Kiekindiewelt."

„Tüchtig, o! Und Ladewigen heißt sie auch."

„Da heißt sie was rechts!" Die Alte maß den Amtsrath mit einem überlegenen Blick und ging stolz hinweg. Das fröhliche Lachen des Amtsrathes folgte ihr; er hatte seinen Humor wiedergefunden. (Fortsetzung folgt.)

gleichs verantwortlich macht, bloß um zu verbergen, daß der Ausgleich auch im tiefsten parlamentarischen Frieden nicht zu Stande zu bringen wäre glaubt man die Ermächtigung **zur weiteren Bedrückung** derselben erwirken zu können.

Das ist das Traurige der Lage, das wahre österreichische Elend, daß nicht ab und zu eine Regierung, sondern daß seit zwanzig Jahren das Regierungssystem dahin gerichtet ist, das Deutschthum in der Monarchie auszurotten. Wenn dieses System weiter fortgesetzt wird, kann der völlige Verfall Oesterreichs in wirthschaftlicher wie politischer, zuletzt auch militärischer Beziehung nur eine Frage der Zeit sein, denn dieses Staatswesen ist auch aus anderen, nicht der Nationalitätenfrage entstammenden Ursachen viel zu schwach, um die Erschütterungen vertragen zu können, welche der Widerstand von mehr als einem Drittel der Bevölkerung, und obendrein von der wirthschaftlich und geistig vorgeschrittensten Bevölkerung gegen die Staatsgewalt hervorrufen würde.

Demonstrationen in Prag.

Prag, 5. Juni. In einer stürmisch verlaufenen **Socialisten-Versammlung** kam zur Sprache, daß am Pfingst-Montag, dem Jahrestage der **Schlacht am Berge Lipan**, ein am Lipaner-Denkmal von den Socialdemokraten niedergelegter Kranz von tschechisch-nationalen Arbeitern herabgerissen und vernichtet und bei der Rückfahrt nach Prag ein Socialdemokrat schwer verwundet worden war. Nach Schluß der Versammlung kam es vor dem Gebäude der „Narodni Listy" zu einer Demonstration der Socialdemokraten, welche unter Pereatrufen Schilder abrissen, Fenster zertrümmerten und an dem Gebäude Beschädigungen anrichteten. Nach einer halben Stunde erschien eine Polizeiabtheilung, welche die Demonstranten zerstreute. Passanten, welche die Socialdemokraten an dem Zerstörungswerk zu hindern versuchten, sollen mit Todtschlag bedroht worden sein.

(Am Berge Lipan bei Böhmisch Brod fand im Jahre 1434 die große Hussitenschlacht statt, in welcher die beiden Procope fielen und die Taboriten besiegt und sieben vernichtet wurden.

Prag, 6. Juni. Eine **eigenthümliche Demonstration** fand gestern auf dem altstädtischen Ringplatz **vor der Marienstatue** statt. Starke Volkshaufen aus allen Prager Kirchen, mehr als 4000 Personen, hatten sich versammelt, um gegen die Errichtung eines **Hußdenkmals zu protestiren**, die von den Anticlericalen geplant ist. Der Kanzler des Domcapitels Krasl hielt eine tschechische Ansprache, worin er betonte, daß Prag seine Errettung vor den Schweden dereinst nur der Marienstatue zu verdanken gehabt habe. Die Katholiken seien zusammengekommen, damit man sie höre. Ein starkes Polizeiaufgebot war vorhanden, so daß den Socialisten, welche den Cordon durchbrechen wollten, um die Versammlung zu stören, ihr Vorhaben nicht gelang

In Port Arthur

herrscht seit der Besetzung des Ortes durch die Russen eine fieberhafte Bauthätigkeit. Es werden Grundstücke erworben, fiscalische und private Gebäude aufgeführt. Die russische Freiwilligen-Flotte errichtet in Port Arthur und Talienwan Agenturen, Dampferstege und Lagerhäuser. Die russisch-chinesische Bank hat in Port Arthur eine Filiale etablirt.

Der Kampf bei Santiago.

Bei näherem Zusehen stellt sich heraus, daß die Spanier abermals, geradeso wie bei dem Recognoscirungs-Bombardement am Anfang voriger Woche, arg übertrieben haben, als sie die Affaire am Freitag, in deren Mittelpunkt allerdings sehr effectvoll der Untergang der „Merrimac" stand, zu einem „glänzenden Sieg" der spanischen Waffen machten, den man mit feierlichen Beglückwünschungen des Heeres und der Marine auf Cuba zu verbrämen wußte. Das nimmt sich sehr hübsch aus, ebenso wie die große „Begeisterung", die über den Sieg in Santiago und in Madrid ausgebrochen ist. Wenn sie nur besser begründet wäre! Statt dessen kann es dem von Siegesdurst nicht getrübten Auge des unbefangenen Zuschauers nicht wohl zweifelhaft sein, daß die amerikanische Version, wonach der Untergang des „Merrimac" lediglich einem Plane der Amerikaner entsprochen habe, mehr auf ihrer Seite hat, als die spanische von dem großen Siege. Die Amerikaner wollten, wie sie angeben, die Versendung des „Merrimac" zum Zwecke der Hafenabsperrung und Einschließung Cerveras innerhalb der Bay. Hätten sie die feindliche Flotte im Hafen selbst angreifen wollen, so hätten sie ja auch wohl kaum einen ungepanzerten Hilfskreuzer, der noch dazu ein alter verbrauchter Kasten sein soll, sondern einen großen Panzer an die Spitze des Angriffes gestellt. Die hierauf bezüglichen Meldungen lauten:

Washington, 5. Juni. Das Marinedepartement veröffentlicht folgende über Le Môle Nicolas hier eingegangene, vom gestrigen Tage datirte **Depesche des Admirals Sampson**:

Es ist mir gelungen, gestern **Nachmittag 4 Uhr** den „Merrimac" in dem Kanal von Santiago zu versenken. Die Operation wurde mit großer Bravour von sieben Mann unter Führung des Marineingeneurs Hobson ausgeführt. Admiral Cervera, der ihrer Tapferkeit Anerkennung zollte, schickte mir einen Parlamentär mit der Meldung, daß alle acht kriegsgefangen und zwei davon leicht verwundet seien. Ich bitte um die Erlaubniß, die eventuelle Auswechselung dieser Kriegsgefangenen gegen kriegsgefangene Spanier in Atlanta herbeizuführen. Im Hafen von Santiago liegen sechs spanische Kriegsschiffe, die der Wegnahme oder Zerstörung nicht entrinnen können.

London, 6. Juni. (Tel.) Nach einer Privatdepesche soll die spanische Flotte bei Santiago vollständig blockirt und zur Ohnmacht verurtheilt sein. Der in den Grund gebohrte „Merrimac", heißt es in der Depesche, versperrt vollständig die Ein- und Ausfahrt des Hafens. Schon vor mehreren Tagen sei von Admiral Sampson der Entschluß gefaßt gewesen, den „Merrimac" in den Grund zu bohren, weil es ihm unmöglich erschien, die spanische Flotte auf andere Weise zu fassen. Auf die Aufforderung Sampsons, daß Freiwillige sich melden möchten, hätte Lieutenant Hobson und sieben Mann sich zu der That erboten, und Donnerstag Abend habe der „Merrimac", der so von Torpedos umgeben worden sei, daß man letztere habe von der Brücke aus zum Explodiren bringen können, in der Nähe der „Newyork" Stellung genommen. Freitag um 3 Uhr Morgens sei die „Merrimac" langsam gegen die Küste vorgegangen. An einem Schusse von Fort Morro aus haben die Amerikaner erkannt, daß der „Merrimac" von den Spaniern bemerkt worden sei. Auch die anderen Batterien hätten nun **das Feuer** begonnen, das aber die Amerikaner **nicht** hätten erwidern können, weil sie **befürchteten**, daß ihre Geschosse die Mannschaft des „Merrimac" treffen könnten. Der „Merrimac" sei dann von Lieutenant Hobson mit Absicht, nicht von den Spaniern in der Nähe des Forts Estrella in den Grund gebohrt worden. Der Plan sei geglückt und die Hafeneinfahrt vollständig versperrt. Die Spanier können das Wrack unter dem Feuer der amerikanischen Schiffe nicht sprengen. Man wisse, daß die spanischen Schiffe „Christobal", „Colon", „Maria Theresa", „Viccaya" und „Almirante Oquendo" sich im Hafen von Santiago befinden, und man glaubt, daß auch andere Schiffe, vielleicht Torpedoboote, dort seien. Die Mannschaft des „Merrimac" habe die Absicht gehabt, sich in einem Boote, welches der „Merrimac" im Schlepptau hatte, zu retten; es sei aber nicht gewiß, ob sie sich des Bootes haben bedienen können. Jedenfalls sei kein Mann umgekommen, sondern alle seien von den Spaniern gefangen genommen worden.

Alle die bisherigen Operationen der amerikanischen Geschwader gegen San Juan de Puertorico und gegen Santiago de Cuba kann man nur als gewaltsame Recognoscirungen bezeichnen, bei denen es darauf ankam, die Tragweite und das Bestreichungsfeld der Kanonen der Küstenforts und Batterien festzustellen und zugleich den Feind zu beunruhigen und zu täuschen, sowie als Vorbereitungen für den eigentlichen Kampf, der ja auch bei Santiago nach einer Depesche aus Port au Prince **wieder begonnen** und zu einer erheblichen Beschädigung der spanischen Batterien geführt haben soll. Jedenfalls muß es sich nun bald zeigen, ob die stolze Zuversicht der Spanier, Santiago sei uneinnehmbar, begründet ist oder nicht. Außerhalb Spaniens wird sie wohl nur selten getheilt werden.

Maßregeln der Regierung in Havanna.

Die Colonialregierung in Havanna hat beschlossen, den **Handelsverkehr** mit Waaren, welche aus neutralen Ländern stammen, zu gestatten und die Ausfuhr von Lebensmitteln, sowie von Zucker, zu untersagen, außer wenn derselbe nach Häfen ausgeführt wird, aus denen Cuba Lebensmittel und Kohle einführt. Ein Rundschreiben theilt den fremden Consuln mit, daß nach Cuba eingeführte Lebensmittel von Zollabgaben frei sind.

Havanna, 6. Juni. (Tel.) Ein Befehl des Marschalls Blanco untersagt den auswärtigen **Zeitungscorrespondenten** den Aufenthalt auf Cuba. Diejenigen Correspondenten, welche diese Befehle übertreten, sollen **als Spione** angesehen und dem Militärstrafgesetz gemäß verurtheilt werden.

Nachträgliches über das Bombardement von San Juan.

In Madrid eingegangene Briefe aus Puertorico theilen noch einige Einzelheiten über die Beschießung der Stadt am 13. Mai mit und bestätigen, daß Admiral Sampson das Bombardement ohne vorhergehende Benachrichtigung eröffnet habe. Die Zahl der in die Stadt geworfenen Granaten betrug 700; die Spanier hatten 7 Todte, 70 Verwundete. Das Intendanturgebäude, eine Kaserne sowie ein Privatgebäude erlitten unerhebliche Beschädigungen.

Die amerikanische Kriegskostenbill.

Der Senat der Union hat am Sonnabend mit 48 gegen 28 Stimmen die Bill über die Beschaffung der Einnahmen für Kriegszwecke angenommen unter Hinzufügung eines Amendements, durch welches dem Schatzamte folgende Maßnahmen vorgeschrieben werden: Es sollen so schnell als möglich alle im Schatzamte vorhandenen Silberbarren zu Standard-Dollars, und zwar nicht weniger als vier Millionen Dollars monatlich, ausgeprägt werden. Wenn dies geschehen ist, sollen Silbercertificate bis zum Betrage des Unterschieds von Metall- und Ausmünzungswerth jener Silberbarren ausgegeben werden, die noch aus den gemäß der Windom-Bill vom 14. Juli 1890 erfolgten Silberbarrenkäufen vorhanden sind, bis davon ein Betrag von 42 Millionen Dollars erreicht ist. Die Gegner des Amendements sind überzeugt, daß das Repräsentantenhaus, wenn dasselbe dort überhaupt zur Abstimmung gelangt, das Amendement verwerfen wird.

Spanischer Ministerrath.

Madrid, 6. Juni. (Tel.) Der Marineminister hat die Anordnung in Erinnerung gebracht, nach welcher **Mittheilungen über die Bewegung des Geschwaders untersagt** sind. Der **Ministerrath** beschäftigte sich heute mit den Kriegsangelegenheiten, besonders mit der **Lage des amerikanischen Geschwaders**, die in Folge von **Krankheiten (?)** unter den Mannschaften nicht sehr gut sein soll. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten brachte eine Reihe von Mittheilungen zur Kenntniß des Ministerrathes, die den Mächten unterbreitet werden sollen, weil sich aus ihnen angeblich eine **Verletzung des Völkerrechtes** seitens der Amerikaner ergiebt. Der Kriegsminister theilte mit, er habe in Manila angefragt, ob sich die Nachricht von einer **Explosion** auf dem amerikanischen Panzerschiff „Baltimore", die vom Lloydbüreau in London verbeitet worden sei, bestätige.

Eine antiamerikanische Stimme in Rußland.

Anknüpfend an die angebliche Absicht Spaniens, an die Intervention der Mächte zur Erlangung des Friedens zu apelliren, sagen die „Nowosti", es sei die höchste Zeit, dem unsinnigen, verbrecherischen Kriege, welcher ganz und gar auf die Vernichtung nationaler Reichthümer, Zerstörung blühender Städte sowie Unterdrückung des Handels und der Industrie gerichtet sei, ein Ende zu setzen. Das Blatt ist erstaunt, daß noch niemand die moralische Seite des Kampfes der cubanischen Aufständischen gegen ihre Regierung beachtet habe. Während die europäischen Staaten für diejenigen ihrer Staatsangehörigen, die nach Amerika, nach den Küsten des großen Oceans und anderswohin auswandern, sorgen, damit sie dort in gleicher Weise sichergestellt wie im Vaterlande, mit diesem sicher vereint bleiben, revoltiren spanische Unterthanen auf Cuba und den Philippinen, durch die Unabhängigkeit der Nachbarstaaten bethört, gegen die Regierung und das Vaterland, welches sie an **Fremde** verrathen. Das Blatt schließt, der **Appell Spaniens an die Mächte** sei schon eine Art von **Capitulation**. Amerika müsse seine Prätension freiwillig dem Gerichte der Mächte übergeben und könne dies nicht umgehen; denn seine Lage mit den beiden offenen Küstenlinien sei durchaus nicht derart, daß es den vereinigten Flotten von zwei oder drei Mächten Widerstand leisten könnte. Möge Europa seine mächtige Stimme erheben.

Dieser Appell an die europäischen Mächte wird freilich keinerlei Erfolg haben. Keine der Mächte hat bisher auch nur die geringste Neigung erkennen lassen, aus seiner Neutralität herauszutreten.

•

London, 6. Juni. (Tel.) Der „Standard" meldet aus **Tampa** vom 5. d. Mts.: Folgende **Truppen** erhielten Befehl, sich **marschbereit** zu halten. Das 1. Armeecorps, ein Bataillon Genietruppen, 5 Schwadronen Cavallerie, mehrere Batterien leichtere Artillerie und 2 Batterien schwere Artillerie mit 8 Belagerungsgeschützen.

Wie die „Daily Mail" aus Washington meldet, soll der amerikanische Botschafter in London den Auftrag erhalten haben, von der britischen Regierung zu verlangen, den auf dem kanadischen Gebiet weilenden spanischen **Lieutenant Carranza**, der von dort aus die spanischen **Spione** in Amerika beaufsichtigt, sowie den spanischen Botschaftssecretär **auszuweisen**.

Deutsches Reich.

Berlin, 4. Juni. Der „Voss. Ztg." wird aus Christiania gemeldet: Kaiser Wilhelm trifft am 2. Juli auf der „Hohenzollern" in dem Touristenort Odde ein. Einige Tage zuvor erscheint dort ein deutsches Torpedoboot, das das **Denkmal für den Lieutenant v. Hahnke** mitbringt, der auf der vorigen Nordlandsreise des Kaisers verunglückte. Eine Firma in Bergen hat bereits Arbeiter nach Odde gesandt, um die Fundamentirungsarbeiten für das Denkmal, das vom Kaiser enthüllt wird, auszuführen. Nach dem Besuch in Odde wird der Kaiser die Reise nordwärts durch die Fjorde fortsetzen und wahrscheinlich auf der Rückreise etwa am 30. Juli in Bergen eintreffen, wo ein dreitägiger Aufenthalt geplant ist.

— Der Centrumsabgeordnete **Bachem** sagte gestern in einer Versammlung zu Moabit, es gebe einflußreiche Kreise in Preußen und im Reiche, die nur auf den günstigen Augenblick warteten, um das ihnen unbequeme **Reichstags-Wahlrecht** zu beseitigen. Er glaube allerdings nicht, daß so lange der jetzige Reichskanzler am Ruder sei, ein dahingehender Versuch gemacht werde. Leider wisse man aber nicht, wie lange dieser Mann noch an der Spitze der Reichsverwaltung stehen werde.

* **[Als Reichstagscandidaten für die drei Hamburger Wahlkreise]** hat der „**Maschinenbesteuerungs-Verein von 1896**" den Handwerksmeister Chr. Jensen aufgestellt. Dieser Verein geht in seinen Utopieen so weit, daß ihn selbst die Socialisten mit Hohn und Spott überschütten. Er verlangt als Abhilfe gegen die den Arbeiter vernichtende Ueberproduction der Maschinen eine Maschinenbesteuerung von 50 Procent, die 14 Milliarden Mark einbringen würde. Ferner wollen diese sonderbaren Politiker Aufhebung aller indirecten Steuern und noch vieles andere mehr.

* **[Machenschaften gegen die Liberalen und den „Nordost".]** Dem „Kottbuser Anzeiger" wird geschrieben:

Auf den Dörfern **wird nun von der Seite**, welche an der Wahl eines Agrariers für den Reichstag interessirt ist, mit Hochdruck gegen die Liberalen und besonders gegen die Mitglieder des Bauernvereins „Nordost" gearbeitet. Aus dem Dorfe B. wird uns berichtet, daß der dortige Gutsherr einigen Pächtern, die sich dem „Nordost" angeschlossen haben, einen Zwangsbefehl habe zustellen lassen, daß sie die vom vorigen Jahre rückständigen Pachtgelder, die sie der Ueberschwemmung und des Mißwachses auf Feld und Wiese wegen nicht entrichten konnten, nun unverweilt zahlen. Auch aus dem Dorfe W. wird ein ähnliches Vorgehen eines der dort angesessenen Gutsbesitzer gemeldet. Am schlimmsten ist der Druck von oben in Werben. Bauern, die dem „Nordost" angehören, und die in amtlichen Angelegenheiten sich an den zuständigen Amtsvorsteher wendeten, wurden von diesem in mehreren, uns von den Betroffenen direct verbürgten Fällen bedeutet, sie möchten sich doch mit ihrer Angelegenheit an den „Nordost" wenden.

* **[Der Mechaniker Paul Koschemann]**, der die ihm wegen des geplanten Höllenmaschinenattentates auf den Polizeioberst Krause auferlegte Zuchthausstrafe in der Strafanstalt Sonnenburg verbüßt, behauptet noch immer seine Unschuld. Erst neuerdings ist wieder von ihm ein langer Brief aus dem Zuchthause an den Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Schöps gelangt, in welchem K. unter Beifügung umfangreichen Informationsmaterials die dringende Bitte ausspricht, alles daran zu setzen, um das Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen und gegen den Hauptbelastungszeugen Brede sowie andere Personen ein Strafverfahren wegen Meineides in die Wege zu leiten. Der Brief schließt mit den Worten: „In die Lage eines unschuldig Verurtheilten kann sich nicht leicht jemand versetzen; mich hält nur das gute Gewissen aufrecht." Hierzu ist zu bemerken, daß ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens sowohl vom Landgericht als vom Kammergericht abgelehnt und auch die von Koschemann gegen Brede erstattete Meineidsanzeige zurückgewiesen worden ist. Rechtsanwalt Dr. Schöps hat die Absicht, demnächst an der Hand des umfangreichen, in seinem Besitz befindlichen Materials über den Prozeß Koschemann eine Broschüre zu veröffentlichen.

* **[Erlebnisse einer Radfahrerin.]** Das Landgericht Ratibor hat am 1. März den Gärtner Johann Pacharzina aus Brzezie wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Am 2. November v. J. fuhr die Ehefrau des Fabrikdirectors B. auf der Rybnik-Ratiborer Chaussee auf dem Rade nach der Stadt zu. In entgegengesetzter Richtung fuhr der Angeklagte mit seinem Zweigespanne. Ohne ersichtlichen Grund wich P., als Frau B. sich ihm näherte, nach links ab und versperrte dadurch der Dame die Bahn. Sie mußte in den Straßengraben flüchten, fiel zu Boden und erlitt — den Schrecken abgerechnet — einige Hautabschürfungen. Ihr Rad wurde erheblich beschädigt. Das Landgericht hat angenommen, daß der Angeklagte der Radfahrerin böswilligerweise Schwierigkeiten machen wollte und vorausgesehen hat, daß seine Handlungsweise eine Körperverletzung der Frau herbeiführen könne. — Der Angeklagte legte Revision ein und bestritt, daß seine Handlungsweise den Unfall verursacht habe. Auch suchte er glaubhaft zu machen, daß seine Pferde ohne seinen Willen die Richtung geändert hätten. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision, da der strafbare **Thatbestand** ausreichend festgestellt sei.

□ **Posen**, 5. Juni. Wegen **Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten** der Polen gegen die Deutschen (§ 130) hat sich morgen vor der hiesigen zweiten Strafkammer der verantwortliche Redacteur der „Praca", Anton Lipinski, zu verantworten. Incriminirt ist die inzwischen confiscirte Nr. 13 der „Praca" vom 27. März 1898, und zwar ist die Anklage gegen zwei Gedichte und zwei Abbildungen erhoben. Auf der einen Abbildung zeigt eine polnische Mutter auf dem Friedhofe ihrem etwa 14jährigen Sohne die Grabhügel der 1848 gefallenen Polen. In dem Begleitgedichte fordert die Mutter den Knaben auf, so wie die Väter für die Freiheit Polens zu kämpfen. Würde er dies nicht thun, so würde ihn der Mutter Fluch und der der Väter treffen. Die zweite ebenfalls incriminirte Abbildung stellt einen aus einem Grabe aufstrebenden Falken dar. Ein polnischer Turner hebt dabei den Grabstein und in dem Begleitgedichte heißt es: „Es ist eine Lüge, daß Polen im Grabe läge, o ihr Felder von Wreschen (wo die polnischen Insurgenten 1848 eine preußische Truppenabtheilung zurückschlugen), ihr seid die Zeugen des Sieges. Ihr Schatten der Vergangenheit — Ehre und Huldigung Euch!" Das Gedicht ist von der bekannten galizischen Dichterin Hedwig Strokowa verfaßt, deren Gedichte den Redacteuren der „Praca" schon viele Monate Gefängniß eingebracht haben.

Frankreich.

Paris, 5. Juni. Der Deputirte Castelin **kündigt eine neue Interpellation** in der **Dreyfus-Angelegenheit** an, und fragt im „Jour" die Regierung, ob sie nicht endlich gegen das Dreyfus-Syndicat, welches sich geradezu des **Hochverraths** schuldig mache, einschreiten werde.

England.

London, 4. Juni. **Heute nahmen die Kohlengrubenbesitzer die Berathungen in Cardiff wieder** auf; die von den Arbeitern geforderte zehnprocentige Lohnerhöhung **wurde wiederum** abgelehnt. (W. T.)

Italien.

Chiasso, 4. Juni. In Vercelli **wurden** gestern auf vier Bauernkarren 58 **Landarbeiter**, Männer und Frauen, **gefesselt eingebracht**. Eine starke Infanterie- und Cavallerie-Escorte mit geladenen Gewehren begleitete dieselben.

Amerika.

Newyork, 5. Juni. Nach einem Telegramm aus Cap Haytien verlautet dort gerüchtweise, der **Präsident der dominikanischen Republik**, Heureaux, sei **ermordet** worden.

Coloniales.

* **[Ein deutsches Offizierscasino bei Kiautschau]** beschreibt Ernst v. Hesse-Wartegg in der „Köln. Volksztg.". In Scha-tse-kau an der äußersten Grenze von Deutsch-China diente ein Stall, der so geblieben war, wie ihn die Chinesen verlassen hatten und nur frisch getüncht worden, als Schlafraum. Ueber die Fensterhöhlen war frisches Papier gespannt, an Stelle der Thüren hingen kurze chinesische Strohmatten, als gemeinschaftliches Waschbecken diente eine irdene Schüssel. Als wir — so schreibt Hesse-Wartegg — in diesem feuchten, dumpfen Raume nothdürftig unsere Toilette machten, hörte ich einen der Marinesoldaten etwas wie „Offiziers-Casino" rufen. Offiziers-Casino?! „Gewiß", antwortete unser Gastgeber, „kommen Sie nur mit." Und damit führte er mich in ein Nebenhaus von derselben Größe und demselben Aussehen wie unser „Schlafhaus". Die Wände waren mit Strohmatten verkleidet, ja es hingen chinesische Bilder daran, und von der Decke schaukelte als Prachtstück eine wirkliche Petroleumlampe! Der lange Tisch war aus Kistenbrettern zusammengenagelt und an Stelle des Tischtuches mit weißen Papierbogen bedeckt. Darauf prangten ein paar Zinnschüsseln, Zinnbecher, mit Meeressand sorgfältig abgerieben, und ein riesiger Küchenkessel als Theetopf. Eben waren wir mit unserer Besichtigung dieses Prachtlokals fertig, als die Wache das Eintreffen der Schiebkarren-Colonne meldete. Wie ein langer, hellblauer Wurm schlängelte sie sich durch den trockenen Fjord die sanfte Anhöhe empor zu unserem Lager, und bald waren wir im Besitze der Lebensmittel in Blechbüchsen, der mitgebrachten Weine, Teller und Eßbestecke. Sauerkraut und Frankfurter Wurst aus Büchsen war unser Menu, dazu Wein und heißer Thee, in Blechschüsseln aufgetragen.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 6. Juni.

Wetteraussichten für Dienstag, 7. Juni,
und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Vielfach heiter, wärmer. Später Gewitterregen. (Gewitter.)

* **[Arbeiten auf der kais. Werft.]** Es ist der hiesigen kaiserl. Werft zu Ohren gekommen, daß seitens Agitatoren die Nachricht verbreitet wird, die kaiserl. Werft beabsichtige bestimmt, nach den Wahlen größere Arbeiterentlassungen wegen Mangels an Arbeit eintreten zu lassen. Wie uns von zuständiger Seite mitgetheilt wird, ist diese Nachricht auf das entschiedenste als **unwahr** zu bezeichnen. Mit Rücksicht auf den in jedem Frühjahr eintretenden natürlichen Abgang wird sogar von Montag, den 6. Juni, an im Schiffbau-Ressort die **volle 10stündige Arbeitszeit** an Stelle der in diesem Ressort vorübergehend eingeführten 9stündigen **wieder aufgenommen** werden, was schon als Beweis dafür dienen kann, daß Arbeiterentlassungen nicht eintreten werden.

* **[Die Panzer-Kanonenboote „Mücke" und „Natter"]** sind von ihrer Inspicirungs- resp. Uebungsfahrt am Sonnabend **nach Kiel hierher** zurückgekehrt.

* **[Torpedoboote.]** Von den beiden Torpedobootsdivisionen, die am Freitag Nachmittag im Bassin an der kaiserl. Werft anlegten, verließ die eine heute unseren Hafen und morgen dampft auch die andere Division wieder ab.

* **[Inspection.]** Unerwartet traf heute früh der General-Inspecteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, General der Infanterie Frhr. v. Funck hier ein, nahm im Hotel du Nord Wohnung und inspicirte die hiesige Kriegsschule.

* [Bezirks-Eisenbahnrath.] Die erste ordentliche Sitzung des Bezirks-Eisenbahnrathes für die Bezirke der Eisenbahn-Directionen Bromberg, Danzig und Königsberg wird am 24. d. Mts., Vormittags von 10 Uhr ab, in dem Sitzungssaale des hiesigen Landeshauses auf Neugarten abgehalten werden. Bereits am Tage vorher, Nachmittags um 4 Uhr, wird im Sitzungssaale der hiesigen Eisenbahn-Direction eine Vorbesprechung der Tagesordnung mit den Vertretern der betheiligten Eisenbahn-Directionen stattfinden. Aus der geschäftlichen Mittheilung heben wir hervor, daß zu dem Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeste eine Verlängerung der Geltungsdauer der gewöhnlichen Rückfahrkarten von sonst kürzerer Dauer stets wie folgt festgesetzt ist:

Zu dem Osterfeste von einschl. dem 12. Tage vor bis zu dem 12. Tage einschl. nach dem ersten Feiertage.

Zu dem Pfingstfeste von einschl. dem 3. Tage vor bis zu dem 8. Tage einschl. nach dem ersten Feiertage.

Zu dem Weihnachtsfeste von einschl. dem 7. Tage vor bis zu dem 14. Tage einschl. nach dem ersten Feiertage.

Diese Ermäßigung ist, wie wir bereits mitgetheilt haben, zum ersten Male an dem diesjährigen Pfingsfeste in Kraft getreten. Aus der Tagesordnung ist hervorzuheben, daß die Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes zum Landeseisenbahnrath an Stelle des verstorbenen Consuls Ernst in Memel vorgenommnn werden muß. Herr Generalsecretär Steinmeyer-Danzig hat den Antrag gestellt, der Bezirkseisenbahnrath möge fortan eine Abschrift seiner Drucksachen der Centralstelle der preußischen Landwirthschaftskammer in Berlin zusenden. Der Antrag wird dadurch begründet, daß die Centralstelle zu dem Zwecke gegründet sei, um den preußischen Landwirthschaftskammern als Auskunftsstelle für Tarif- und Verkehrswesen zu dienen, und daß sie deshalb auch in den Besitz des nöthigen Materials gesetzt werden müsse. Von der Eisenbahndirection Bromberg ist eine solche Vorlage betreffend **Frachtermäßigungen für Obst in Wagenladungen** eingegangen. In der Begründung wird mitgetheilt, daß die Staatseisenbahnverwaltung neben der Aufnahme von Obst in den Specialtarif für bestimmte Stückgüter auch der Absatz von Obst in Wagenladungen durch Einführung von Staffeltarifen von den russischen Versandplätzen nach Berlin, Hamburg, Altona und erforderlichen Falles auch nach Hamburg, Frankfurt a. M. und Guben zu erleichtern wünscht. Bei den theilweise sehr verschiedenen Interessen der einzelnen Bezirke erschien es jedoch zweifelhaft, ob gerade durch die von den Staatsbahnen vorgeschlagenen Staffel dem von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsche nach einer Frachtermäßigung für heimisches Obst auch wirklich Rechnung getragen wird. Die einzelnen Directionen sind deshalb von dem Minister beauftragt worden, die Frage der Frachtermäßigung in den nächsten Bezirkseisenbahnraths-Sitzungen nochmals zur Erörterung zu stellen. Von den Landwirthschaftskammern der östlichen Provinzen sind Gutachten eingefordert worden, die in dem Punkte übereinstimmen, daß sie von einer allgemeinen Detarifirung nichts wissen wollen, da diese nach den Bestimmungen der Handelsverträge auch dem ausländischen Obst zu Gute kommen würde. In der Frage der Staffeltarife macht sich aber auch hier der Gegensatz zwischen dem Osten und Westen geltend, denn während die Kammern der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen von der Einführung der Staffeltarife sich eine Förderung des einheimischen Obstbaues versprechen, kommt die Landwirthschaftskammer der Provinz Brandenburg zu dem Ergebniß: „Die Einführung von Staffeltarifen für Obst in Wagenladungen ist abzulehnen." Die Eisenbahndirection wünscht, daß der Bezirkseisenbahnrath sich darüber schlüssig mache, ob die geplante Frachtermäßigung allgemein gewährt, oder ob dieselbe auf gewisse Obstsorten beschränkt werden solle, ob sich die Einführung eines Staffel-Ausnahmetarifs oder eine allgemeine Detarifirung, die dann allerdings auch dem Auslande zu gute kommen würde, empfiehlt; und welche Versandt- und Empfangsgebiete für den Absatz aus dem Osten in Frage kommen sollen. Weiter soll noch über den Winterfahrplan 1898/99 verhandelt werden, dessen vorläufiger Entwurf indessen den Mitgliedern erst einige Tage vor der Sitzung zugehen kann.

Nach Beendigung der Sitzung werden sich die Theilnehmer zu einem gemeinsamen Essen vereinigen.

---

* [Deutsche Colonialgesellschaft.] Das Organ der deutschen Colonialgesellschaft, die „Deutsche Colonialzeitung", veröffentlicht den Wortlaut der Anträge, welche in der Hauptversammlung, welche, wie schon mehrfach erwähnt, in der Zeit vom 27. bis 29. Juni hier stattfindet, zur Verhandlung kommen werden. Es sollen zunächst Aenderungen der Bestimmungen der Statuten, welche die Zusammensetzung des Vorstandes betreffen, vorgenommen werden. Dann liegt ein Antrag der Abtheilung Stettin vor, welcher verlangt:

A. Die Hauptversammlung wolle beschließen, an den Reichskanzler die Bitte zu richten, veranlassen zu wollen, daß die Eisenbahn von Tanga nach Korogwe in Ostafrika, welche bisher nur bis Muhesa vollendet ist, von diesem Punkte bis Korogwe baldmöglichst fertig ausgebaut werde.

B. Die Hauptversammlung wolle beschließen, an den Reichskanzler die Bitte zu richten, veranlassen zu wollen, daß die deutschen Interessen auf den Samoa-Inseln durch engeren Anschluß dieser Inseln an das deutsche Reich sichergestellt werden.

C. Die deutsche Colonialgesellschaft möge die Herausgabe deutscher Zeitungen in den deutschen Schutzgebieten, zunächst in Tanga (Deutsch-Ostafrika), Swakopmund (Deutsch-Südwestafrika) und Kiautschau fördern und erforderlichen Falls nach Möglichkeit subventioniren.

Ferner sind von der Abtheilung Berlin folgende Anträge eingebracht worden:

1. Die deutsche Colonialgesellschaft möge bei der kaiserlichen Regierung beantragen, den Disciplinargerichtshof für Beamte in den deutschen Schutzgebieten in der Weise zu reformiren, daß die Mehrheit aus nicht richterlichen Personen besteht, welche die Menschen und Dinge in der jeweilig in Betracht kommenden Colonie aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen.

2. In § 2 der Satzungen der deutschen Colonialgesellschaft ist im Absatz e hinter „zu kräftigen" anzufügen:

„und deshalb auch für eine starke deutsche Kriegsflotte mit aller Entschiedenheit einzutreten."

3. Nach § 18 des Gesetzes vom 18. Juli 1896 betreffend die Organisation der Schutztruppen soll durch kaiserliche Verordnung bestimmt werden, in welchen Schutzgebieten und unter welchen Voraussetzungen wehrpflichtige Reichsangehörige, die daselbst ihren Wohnsitz haben, ihrer activen Dienstpflicht bei den Schutztruppen Genüge leisten dürfen. Diese kaiserliche Verordnung ist bis jetzt nur zum Theil erschienen. Die Abtheilung Berlin der deutschen Colonialgesellschaft stellt daher den Antrag: Die Gesellschaft möge bei dem Reichskanzler dahin vorstellig werden, daß diese Verordnung baldmöglichst in vollem Umfange erlassen werde. In ihrer Eingabe wolle die Gesellschaft noch betonen, daß bei Erfüllung der Wehrpflicht deutscher Reichsangehöriger in den Schutztruppen der Grundsatz niemals außer Acht gelassen werden möge, daß der Weiße über dem Farbigen stehe und daß daher eine gemeinschaftliche Ausbildung Weißer und Farbiger nicht stattfinden dürfe.

Zum Schluß soll der Ort für die im Jahre 1899 stattfindende Hauptversammlung bestimmt werden.

---

* [Städtische Bereisung.] Eine aus den Herren Oberbürgermeister Delbrück, Stadträthen Ehlers, Fehlhaber und Hein und mehreren Mitgliedern der städtischen Grundbesitz-Deputation bestehende Commission begab sich heute früh in mehreren Equipagen zunächst nach Stutthof, um die auf der Nehrung befindlichen städtischen Pachtungen auf ihren wirthschaftlichen und baulichen Zustand der üblichen alljährlichen Besichtigung zu unterziehen. Morgen Abend kehren die Herren hierher zurück.

---

* [Besichtigung.] Das 1. und 2. Bataillon des Grenadier-Regiments Nr. 5 wurde heute früh auf dem großen Exercirplatz von dem Herrn commandirenden General v. Lentze, der am Sonnabend von seiner Urlaubsreise hier zurückgekehrt ist, einer Besichtigung unterzogen.

---

* [Jubiläum des Herrn Archidiakonus Dr. Weinlig.] In der festlich geschmückten Oberpfarrkirche zu St. Marien fand gestern die Feier der 25jährigen Amtswirksamkeit des Herrn Dr. Weinlig als Geistlicher dieser Gemeinde statt. Zahlreiche Beweise der Liebe und Verehrung wurden dem Jubilar zu Theil. Bereits Morgens um 8 Uhr erschien die Danziger Liedertafel in der Wohnung des Herrn Dr. Weinlig und trug dort zwei Lieder vor. Dann folgte um 10 Uhr in der dicht gefüllten Marienkirche der Festgottesdienst. Eröffnet wurde derselbe durch eine von dem Kirchenchor unter Leitung des Herrn Haupt vorgetragenen Festmotette, dann bestieg der Jubilar die Kanzel und hielt die Festpredigt über den Psalm 143, Vers 5 bis 6: „Ich gedenke an die vorigen Zeiten, ich rede von deinen Thaten und sage von den Werken deiner Hände". — Nach dem Hauptgottesdienste fanden sich in der Wohnung des Herrn Dr. Weinlig zahlreiche Gratulanten ein. Eine Fülle kostbarer Blumenspenden wurde abgegeben. Die Mitglieder der Gemeinde-Vertretung und des Gemeindekirchenraths waren fast vollzählig erschienen. In ihrem Namen sprach Herr Amtsgerichtsrath Kauffmann als ältestes Mitglied die Glückwünsche aus, Herr Stadtschulrath Dr. Damus gratulirte im Namen des Patronats, d. h. unseres Magistrats. Von Mitgliedern der Gemeinde wurde Herrn Dr. W. eine prachtvolle Bronce-Büste Davids, ein Kunstwerk von hohem Werth, überreicht, ferner sandten der Herr Oberbürgermeister und der Herr Oberpräsident, der sich jetzt in Nürnberg befindet, ihre Glückwünsche. Bei der darauf folgenden Frühstückstafel im Hause feierte Herr Rechtsanwalt Weiß den Menschen Weinlig, Herr Diakonus Brausewetter den Amtsbruder und die Herren Consul Brandt und Professor Klein die Familie des Jubilars.

Heute Vormittag fand in der Weinlig'schen Mädchenschule eine Feier statt, an der die ganze Schule mit ihrem Lehrerpersonal Theil nahm.

---

* [Uebungen.] In Folge der Reichstagswahl bezw. Stichwahl sind die Uebungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes aufs neue verlegt worden. Die Uebung der zweiten Rate der Reserve der Provinzial-Infanterie ist in die Zeit vom 30. Juni bis zum 13. Juli verlegt, auch findet diese Uebung nicht in Danzig, sondern auf dem Schießplatz Gruppe statt. Die Uebungen der ehemaligen Einjährig-Freiwilligen der Infanterie beginnen am 30. Juni auf dem Schießplatz Gruppe, die der Cavallerie um dieselbe Zeit beim Husaren-Regiment Nr. 5 in Stolp. Die Uebungsdauer von acht Wochen bleibt bestehen. Die Uebung der Provinzial-Feldartillerie findet ebenfalls vom 30. Juni bis 13. Juli beim Feldartillerie-Regiment Nr. 36 in Danzig statt. In derselben Zeit üben die Reservisten der Cavallerie bei der dritten Abtheilung des Feldartillerie-Regiments Nr. 36 in Pr. Stargard und die Reservisten und Landwehrleute der Provinzial-Jäger beim Jäger-Bataillon Nr. 2 in Culm.

---

* [Volksthümliches Wetturnen.] Auf der Wiese in Jäschkenthal gab es gestern Nachmittag heiße Wettkämpfe zu schauen: die Turnvereine unseres „Strandwinkels" hatten dort ihr diesjähriges volksthümliches Wetturnen, das vierte dieser Art, veranstaltet. Es ist bei diesen Wettübungen das meiste Gewicht auf die Volksthümlichkeit der einzelnen Concurrenzen gelegt: Laufen, Springen, Kraftübungen nehmen den größten Umfang ein, Gerätheübungen kommen weniger in Betracht. Die Zahl der Theilnehmer war gestern wieder eine bedeutende; geturnt wurde durchschnittlich sehr gut und mancher Sprung wurde von dem Publikum, das unermüdlich die Turner beobachtete, mit Beifall ausgezeichnet. Mit einem Turnerliede traten die Turner an und führten unter Leitung des Herrn Bezirks-Turnwartes Merdes eine Anzahl sehr exacter Freiübungen vor. Dann wurde riegenweise angetreten und es begann das Wetturnen, das fünf einzelne Concurrenzen umfaßte. Es wurde zunächst im Weithochsprunge um die Siegerpalme gekämpft, dann folgte Gewichtheben, Stangenspringen, Hindernißlaufen und Dreisprung. Die Bedingungen waren recht schwere, aber sie wurden zum größten Theile prompt erfüllt. Nach Beendigung des Wetturnens nahm, nachdem Herr Stadtrath Dr. Dasse die Bedeutung des Turnens gefeiert hatte, der Bezirksturnwart Herr Merdes die Proclamirung der Sieger vor.

Zu erreichen waren 50 Punkte und es wurden diejenigen Turner als Sieger bekränzt, welche zwei Drittel dieser Punktzahl erreichten. Es waren dies die Herren: Gorschalki 45½ Punkte (Turn- und Fechtverein Danzig), Stacherowski I 44 Punkte (Männerturnverein Danzig), Hoffmann 43, Pätzel 39, Ortmann 38 (sämmtlich vom Turn- und Fechtverein), Kieselbach und Meyer 37½ (Männerturnverein), Nowakowski 37 (Turn- u. Fechtverein), Marschal 36½ (Turnverein Neustadt), Otto Müller 35 (Turn- und Fechtverein), Rose 34½ (Turn- und Fechtverein), Ziegler 34½ (Männerturnverein), Robert Schwendt 34 (Männerturnverein) und Lindenau 33½ (Turn- und Fechtverein).

Lobende Anerkennungen erhielten folgende Turner, die bis zu 30 Punkten erreichten: Hutter (Turn- und Fechtverein), Zahlmann, Jeschke (Turnverein Neufahrwasser), Fischer, Freimann (Männerturnverein), Euler (Turn- und Fechtverein), Marowski (Turnverein Langfuhr), Junker (Turn- und Fechtverein), Trinks (Turnverein Oliva), Lemke (Männerturnverein), Schilke (Turnverein Neufahrwasser) und Hübner (Turn- und Fechtverein).

An das Wetturnen schloß sich eine gemeinsame Kneipe, die bei Reden und gemeinsamen Gesängen rasch genug verlief. Der Heimmarsch wurde gemeinsam angetreten.

---

* [Sonntagsverkehr.] Der gestrige schöne Sonntag hat auf den Linien Danzig-Zoppot und Danzig-Neufahrwasser einen Verkehr hervorgerufen, welcher nur wenig hinter dem Verkehr der Pfingstsonntage zurücksteht, denn es sind insgesammt 18 813 Fahrkarten verkauft worden. Davon fielen auf Danzig 11148, Langfuhr 2687, Oliva 1418, Zoppot 1181, Neuschottland 444, Brösen 343 und Neufahrwasser 1592. Wiederum war die Strecke Danzig-Oliva am stärksten belastet, da zwischen Danzig und Langfuhr 29 276 und zwischen Langfuhr und Oliva 25 338 Einzelfahrten geleistet werden mußten. Zwischen Oliva und Zoppot sind 13 335 und zwischen Danzig und Neufahrwasser 7679 Einzelfahrten gezählt worden. Auch die übrigen Verkehrsanstalten wurden bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen.

---

* [Justizrath Triepcke †.] Im noch nicht vollendeten 58. Lebensjahre ist der Herr Corps-Auditeur des 17. Armeecorps, Justizrath Triepcke am Gonnabend Abend nach schwerem Leiden gestorben. Herr T. war am 19. September 1840 in Posen geboren, ist am 1. Oktober 1859 in preußischen Dienst getreten und errang im Dienste mit der Waffe den Rang eines Premierlieutenants. Durch Cabinetsordre vom 24. März 1890 wurde er von der 20. Division als Ober- und Corps-Auditeur zu dem im Jahre 1890 begründeten 17. Armeecorps nach Danzig versetzt. Die Beerdigung ist auf Mittwoch Vormittag festgesetzt, dürfte aber einer größeren militärischen Uebung wegen verschoben werden.

---

* [Centrum und Polen.] Der Delegirtentag der polnischen Vertreter der einzelnen Wahlkreise hat in Graudenz den Beschluß gefaßt, in allen Wahlkreisen bei der Hauptwahl sich in kein Compromiß mit anderen Parteien einzulassen, sondern nur für einen Polen zu stimmen. Dieses Vorgehen hat die Centrumspartei in Westpreußen veranlaßt, in allen Wahlkreisen unserer Provinz eigene deutsche Candidaten aufzustellen. Als Zählcandidat der Centrumspartei ist dabei Dr. Lieber für die Wahlkreise Neustadt-Putzig-Carthaus, Berent-Dirschau-Pr. Stargard, Stuhm-Marienwerder, Löbau-Rosenberg, Graudenz-Strasburg, Culm-Briesen-Thorn, Schwetz, Stolp-Lauenburg und Bütow-Schlawe-Rummelsburg aufgestellt.

---

r. [Danziger Männergesang-Verein.] Der Verein fuhr gestern früh 8 Uhr nach Zoppot und machte von dort einen Spaziergang nach dem „großen Stern", indem er seinen Weg vom Schützenhause vorbei über den Erdbeerberg und kl. Stern nahm. Das günstige Wetter und die Frische des Waldes hob die gute Laune der nicht sehr zahlreichen Gesellschaft zusehends, und als man sich am Ziele sah, ertönte unter Leitung eines musikkundigen „passiven" Herrn bald Sang auf Sang aus dem reichen Liederschatz, der zum fröhlichen Ausfluge am Sonntagsmorgen passen will. „Das ist der Tag des Herrn", „das Kirchlein", „Wer hat dich, du schöner Wald", „Wem Gott will rechte Gunst erweisen", „Ach du klarblauer Himmel", diese und andere schöne Volksweisen schallten in die Lüfte und lockten den Beifall der anwesenden Ausflügler hervor. Nach zweistündigem Aufenthalt erfolgte der Abmarsch nach Zoppot nunmehr auf dem nächsten Wege. — Ein eigener Unstern waltet über der beabsichtigten Sängerfahrt nach Königsberg. Wie der Gängerverein dem Danziger Männergesang-Verein mittheilt, ist Herr Justizrath Alscher, der erste Vorsitzende des Königsberger Vereins gestorben. Begreiflicherweise ist unter diesen Umständen weder hüben noch drüben die rechte Stimmung zu einer fröhlichen Vereinigung, und die Fahrt muß deshalb wieder verschoben werden.

---

e [Provinzialverein für Bienenzucht.] Der Vorstand des bienenwirthschaftlichen Provinzialvereins hielt am Gonnabend in Zoppot seine Frühjahrssitzung ab. Bei Aufstellung des Voranschlags für 1898/99 theilte der Vorsitzende mit, daß der Herr Oberpräsident 2000 Mark, die Landwirthschaftskammer 1000 Mark zur Abhaltung von Lehrkursen, Aussendung von Wanderlehrern und anderen bienenwirthschaftlichen Maßnahmen bewilligt habe und von der Landeshauptkasse eine Beihilfe von 800 Mark in Aussicht stehe. Die Einnahme und Ausgabe konnte daher auf 4442 Mark festgesetzt werden. Hiervon wurden dem Gauverein Danzig 1918 Mark, dem Gauverein Marienburg 1877 nach Verhältniß der Mitgliederzahl, 1400 und 1370, zur Abhaltung der Lehrkurse, Aussendung von Wanderlehrern u. s. w. überwiesen.

---

‡ [Der Gängerchor des Danziger Beamtenvereins] führte am letzten Sonntage unter zahlreicher Betheiligung seinen ersten diesjährigen Sommerausflug mittels Habermann'schen Dampfers nach Plehnendorf aus. Nachdem im Garten des Herrn Schilling der Kaffee eingenommen und einige Lieder, dirigirt von Herrn Brandstäter, zum Vortrage gelangt waren, wurde durch den Krakauer Wald nach Heubude marschirt, wo am Ende des großen Heubuder Sees ein Picknick abgehalten wurde. Ein vom Vorstande hier deponirtes Fäßchen kühlen Bieres mundete nach dem fast einstündigen Marsche vortrefflich. Nach dem Vortrage einiger weiterer Gangesspenden begab sich die Gesellschaft in das Lokal des Herrn Manteuffel, wo das wohlgelungene und vom schönsten Wetter begünstigte Familienfest Mittags seinen Abschluß fand. Wie wir hören, wird seitens des Gängerchors des Danziger Beamtenvereins für den Sommer noch Anfangs Juli ein größeres Gartenfest und im August ein zweiter Familienausflug in die Pelonker Wälder geplant.

---

* [Deutscher Fleischer-Verbandstag.] Der deutsche Fleischer-Verband, welcher vor ca. 10 Jahren in Danzig tagte, gehört anerkanntermaßen zu den größten Innungsvereinigungen Deutschlands. Derselbe umfaßt zur Zeit 945 Innungen mit 26 067 Mitgliedern. Eingetheilt in 22 Bezirks-Vereine und eine Anzahl von Innungen, welche vermöge des Zusammenwirkens verschiedener Umstände eine Ausnahmestellung einnehmen. In den Tagen am 21. und 22. Juni d. J. wird nun dieser Verband den 21. Verbandstag in Hannover abhalten. Mit diesem Verbandstage wird eine Ausstellung von Maschinen, Werkzeugen und Geräthen zum Betriebe der Fleischerei und Wurstmacherei verbunden sein.

---

* [Provinzial-Verein für innere Mission.] Der Verein hat dieser Tage seinen diesjährigen Jahresbericht erscheinen lassen, dem wir entnehmen, daß in der Rheinprovinz und in Westfalen die dort veranstalteten Collecten 35 100 Mk. ergeben haben. Von diesen Summen erhielten die Diaspora-Anstalten Bischofswerder 20 000 Mk. und Kobissau 15 100 Mk. In der ersteren Anstalt arbeiten drei Diakonissinnen. Kranke wurden 1897 47 mit 1345 Verpflegungstagen gepflegt, im Siechenhause fanden 12 Personen Aufnahme. Ferner ist eine Kleinkinderschule und eine kleine Waisenanstalt eingerichtet. Die Diasporaanstalt Kobissau hatte 28 Pfleglinge und soll im Sommer als Siechenhaus ausgebaut werden. Dem Provinzial-Verein für innere Mission sind nunmehr die Rechte einer juristischen Person verliehen. Die nächste Folge davon war, daß der Vereinsgeistliche, Herr Pfarrer Scheffen, dem Pensions- und Relictenfonds der evangelischen Landeskirche beitreten konnte. Durch die Erlangung der Corporationsrechte ist der Verein nunmehr in den Stand gesetzt, als Provinzial-Verein für innere Mission selbständige Arbeiten zu übernehmen. So wurde bereits die evangelische Vereinsbuchhandlung in Danzig, welche bisher auf den Namen des Vereinsgeistlichen eingetragen war, auf den Provinzial-Verein überschrieben, der auch als Inhaber ins Firmenregister eingetragen worden ist. Auch kann der Provinzial-Verein nunmehr Legate und Geschenke annehmen. Die evangelische Vereinsbuchhandlung in der Hundegasse hatte einen Umsatz von ca. 20 000 Mk. Die Ausgabe des Vereins betrug 15 847 Mk., die Einnahmen, zum größten Theil aus Collecten bestehend, die gleiche Summe. Es wird hier interessiren, daß der Verein in Neufahrwasser u. a. auch eine Seemanns-Mission eingerichtet hat. Seit dem Oktober 1896 ist Bruder Gleiß aus dem Rauhen Hause neben seiner Thätigkeit in der Stadtmission als Seemannsdiakon angestellt. Seine Aufgabe besteht darin, Büchertaschen auf die Schiffe und Kähne zu bringen und dabei in seelsorgerliche Beziehung zu den Leuten zu treten. Die Büchertaschen, welche eine große Auswahl von Stoff für die Erbauung, Unterhaltung und Belehrung enthalten, werden in den meisten Fällen mit Freuden angenommen. Seit dem 1. April 1897 ist ein Lesezimmer für die Seeleute eingerichtet und mit der Wohnung des Seemannsdiakons verbunden. In dem Lesezimmer befindet sich eine Bibliothek, es ist Gelegenheit zum Briefschreiben gegeben und für Unterhaltungsspiele gesorgt. Alles steht den Seeleuten zu jeder Tageszeit zur unentgeltlichen Benutzung. Nachdem die Seemanns-Mission vom Provinzial-Verein für innere Mission eingerichtet, wurde dieselbe im Sommer 1897 dem evangelisch-kirchlichen Hilfsverein in Danzig übertragen.

---

* [Speicher-Verkauf.] Durch Vermittelung des Herrn Benno Loche ging der massive Speicher „Anker" in den Besitz der Weingroßhandlung J. H. L. Brandt über, welche beabsichtigt, denselben zu einem Weintransitlager auszubauen.

---

* [Feuer.] In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag gegen 1 Uhr wurde die Feuerwehr telephonisch nach dem Hause Langgarten Nr. 108 gerufen. Mehrere im Hausflur befindliche Kisten und Kasten waren in Brand gerathen, wodurch ein undurchdringlicher Qualm entwickelt wurde, der bis in die obersten Etagen drang. Die Hausbewohner, welche sich in Erstickungsgefahr befanden, konnten, nur nothdürftig bekleidet, die Treppen hinunter in's Freie flüchten. Die Feuerwehr hatte zwar die Rettungsleiter angesetzt, brauchte dieselbe aber nicht zu besteigen. Mit zwei Gasspritzen und einem Hydranten wurde Wasser gegeben und über zwei Stunden hatte die Wehr mit den Ablöschungs- und Aufräumungsarbeiten zu thun.

---

* [Messerstecherei.] Gestern Morgen kam es auf dem wasserseitigen Fischmarkt zwischen den Arbeitern Franz Pielkiewicz und Friedrich Juppke zu einem Streit, bei welchem P. das Messer zog und seinem Gegner an der Stirne eine Verletzung beibrachte. Blutüberströmt mußte J. in das Stadtlazareth in der Sandgrube gebracht werden, während Pielkiewicz verhaftet wurde.

Aus den Provinzen.

y. **Putzig**, 5. Juni. **Die Secundärbahn Rheda-Putzig wird voraussichtlich am 1. Oktober d. J. dem Betriebe übergeben werden. Einem von der Eisenbahn-Direction zu Danzig zur Begutachtung hier eingereichten Fahrplan-Entwurf ist zu entnehmen, daß täglich drei Züge hier eintreffen und abfahren sollen. Die Abfahrtzeiten von Rheda sind 8.40 Morgens, 2.30 Mittags und 8.50 Abends; die von Putzig 7.15, 12.45 und 6.05. Die Fahrt von Putzig nach Rheda dauert bei einem Aufenthalt von je einer Minute auf den Stationen Gellistrau, Bresin und Rekau ca. 50 Minuten.**

Stuhm, 4. Juni. In der Grafschaft Gr. Waplitz war Donnerstag Mittag großes Feuer. Es brannten zwei Wohnhäuser, in denen 8 Familien wohnten, und sämmtliche dazu gehörigen Stallungen nieder. Da die Dächer noch mit Stroh gedeckt waren und das Feuer sich schnell verbreitete, konnte von der Habe der Familien nichts gerettet werden.

⊙ **Aus dem Wahlkreise Stolp-Lauenburg**, 5. Juni. Gegenüber den Erklärungen in den Stolper Zeitungen, betreffend die Zugehörigkeit zum „Nordost", hat der ehemalige Vorsitzende des Stolper Bauernvereins, Herr Hofgutsbesitzer C. Bandt-Schmaatz, folgende berichtigende Aufklärung veröffentlicht:

„Die von den Conservativen ausgehenden „Erklärungen" in den Stolper Zeitungen über unrechtmäßige Führung in den Mitgliederlisten des „Nordost" sind ja schon wiederholt als Wahlmache, man kann dreist behaupten Wahlbeeinflussungen, dargestellt worden. Ein großer Theil der Unterzeichner der Protest-Veröffentlichungen behauptet, auch gar nicht „Nordöstler" zu sein. Wieder eine große Anzahl der Protestler hat insofern Recht zu behaupten, keine „Nordost"-Mitglieder zu sein, als sie Mitglieder des früheren „Bauernvereins" zum Theil Jahre lang waren und nach Gründung des „Nordost" in diesen übernommen wurden. Der hierauf bezügliche Beschluß ist durch die Ortsvertrauensmänner den Mitgliedern bekannt gegeben. Thatsache ist, daß niemand dagegen protestirt oder seine Streichung beantragt hat. Ein mir befreundeter Gastwirth, der seit Gründung des „Stolper Bauernvereins" demselben angehört hat, war gewissermaßen in die Zwangslage versetzt, zu erklären, „daß er nie gesonnen gewesen sei, einem politischen Verein als Mitglied beizutreten", — als ihm sein Amtsvorsteher an der Hand einer Liste seine Mitgliedschaft nachwies. Diejenigen, welche thatsächlich „Nordost"-Mitglieder waren und ihre Beiträge als solche auch für das laufende Jahr wohl bezahlt haben, sich trotzdem aber unter den Unterzeichnern der Erklärungen befinden, sind, wie sich wohl ein Jeder denken kann, von den Veranlassern der Erklärungen: Amts-, Guts- resp. Gemeindevorstehern, auf irgend eine Weise abhängig, sei es durch Gewährung von Backstrauch, Weidenlassen des Viehes oder dergleichen. Im Jahre 1892 schon verlangte der Amtsvorsteher Lieutenant Holtz-Roggatz die Mitgliederliste des damaligen „Stolper Bauernvereins", welche ich demselben aber verweigerte, da ich sie bereits dem Centralvorsitzenden in Erfurt eingereicht hatte. Es läßt sich hiernach leicht errathen, wer hinter dieser junkerlichen Mache steht."

Vermischtes.

Spionenriecherei in Washington.

Aus Washington wird der „Post" geschrieben: Für neugierig veranlagte Menschen mit dunklem Teint und schwarzen Haaren, welche dem Ansehen nach als Spanier gelten könnten, ist es gegenwärtig in Washington nicht geheuer, hauptsächlich wenn sie der Zufall nach dem Armee- oder Marine-Departement, dem Arsenal oder den Kasernen führen sollte. Wie der Jüngling in Schillers Glocke erröthend den Spuren der Jungfrau, so folgt der Cerberus dem Verdächtigen mit dem Hidalgo-Gesichte, um ihn bei der ersten sich bietenden Gelegenheit festzunehmen und der heiligen Hermandad zu überliefern. Die Spionenriecherei hat sich hier in jüngster Zeit in einer nachgerade lächerlichen Art und Weise breit gemacht. Eine

Verhaftung nach der anderen wurde vorgenommen, und sie endeten regelmäßig damit, daß man die Opfer polizeilicher oder militärischer Spürnasigkeit wieder laufen lassen mußte. So kam vor einigen Tagen ein Unglücksrabe, der auf der Reise von Australien nach England begriffen war, nach Washington, um die Sehenswürdigkeiten der Bundeshauptstadt zu besichtigen. Der Fremdling aus dem fernen Erdtheile erregte die polizeiliche Aufmerksamkeit durch verschiedene Fragen betreffs der Lage des Arsenals und schien einem Polizisten so auffällig, daß ihn dieser als muthmaßlichen Spion nach dem Polizeihauptquartier schleppte. Hier wurde der Mann zuerst gründlich vom Kopfe bis zu den Füßen durchsucht, worauf er einem peinlichen Kreuzverhör unterworfen wurde. Der Fremde war zufällig eine jener glücklichen Naturen, die alles Ungemach in dieser Welt von der leichten Seite zu nehmen verstehen, was man daraus schließen mußte, daß er lächelnden Gesichtes in gutmüthiger Weise alles mit sich geschehen ließ. Nachdem er dem Inspector eine „bombenfreie" Cigarre angeboten, schlug er mit der Rechten auf sein braves australisches Schafzüchterherze, betheuerte seine Sympathien für sämmtliche Staaten der Welt und machte schließlich, um seiner Gutmüthigkeit die Krone aufzusetzen, dem Inspector sein Compliment betreffs der staunenswerthen Wachsamkeit der Washingtoner Polizei. Als der Australier schließlich aber das ganze Polizeihauptquartier einlud, auf seine Rechnung im nächsten Hotel eins aufs Wohl der Vereinigten Staaten zu genehmigen, ließ der Inspector den „Spion" so schnell wie möglich laufen.

Aehnliche Vorfälle ereignen sich hier jetzt jeden Tag, nur geht es dabei nicht immer so gemüthlich her. So erklärte dieser Tage ein freier Bürger der Vereinigten Staaten, Sidney J. Berry, der gleichfalls als Spion verhaftet worden war, in seinem gerechten Zorn, daß er bei nächster Gelegenheit das ganze Polizeihauptquartier zu Brei zusammenschlagen werde, und daß sämmtliche Polizisten von Washington für den Zoologischen Garten reif seien.

* **[Mündlicher Gruß aus einem Berliner Luftballon.]** Einen gewaltigen Schreck bekam letzthin der Militärposten, der vor der Jägerkaserne in Lübben Dienst that, als plötzlich aus hohen Lüften die Worte an sein Ohr schlugen: „Ist das hier Lübben?" — Der Soldat, der nun in einer Höhe von etwa 100 Metern über sich ein mächtiges Luftschiff dahingleiten sah, beantwortete die Frage mit: „Ja wohl!" — „Ist das die Kaserne?" hörte der Posten nun weiter fragen. Nachdem er auch diese Frage bejahend beantwortet hatte, erwiderte einer der Insassen des Ballons: „Dann grüßen Sie meinen Bruder, den Lieutenant . . ., welcher jetzt übt!" — worauf der ungethüme Koloß lautlos, wie er gekommen, weiterzog und im Morgengrauen verschwand.

Berlin, 6. Juni. Gestern früh wurde die bei einem Schneidermeister in der Oranienstraße 4 Treppen wohnende Prostituirte Bertha Singer, geb. Brech, mit durchschnittener Kehle **ermordet** aufgefunden. Da sämmtliche Behältnisse Blutspuren aufwiesen und durchwühlt waren, liegt offenbar Raubmord vor. Es ist anzunehmen, daß der Mörder stark mit Blut besudelt und selbst verletzt gewesen ist. Die Singer hatte **Sonnabend Abend 10½ Uhr ihre Wohnung mit einem Manne** betreten, der dieselbe um **12½ Uhr allein wieder** verlassen hat. **Er war etwa 19 bis 20 Jahre alt. Die Polizei hat eine Belohnung von 1000 Mk. für die Ergreifung des Thäters ausgesetzt.**

Standesamt vom 6. Juni.

Geburten: Maurergeselle Otto Wannow, S. — Tischlergeselle Julius Siegler, S. — Kaufmann Gustav de Lasky, S. — Heizer Otto Straphel, S. — Tischlermeister Gustav Klammer, S. — Arbeiter Johann Webhorn, T. — Portier Wilhelm Herbaum, S. — Schuhmacher Gustav Runge, T. — Königl. Militär-Intennantur-Secretär Johannes Glashagen, T. — Telegraphenanwärter Gustav Pollack, T. — Töpfergeselle Karl Meyer, S. — Unehel.: 1 S., 1 T.

Aufgebote: Kaufmann Paul Kandzik zu Culm und Martha Olga Schilke hier. — Arbeiter Andreas Bolda und Bertha Dobeck, geb. Tutczek, beide hier. — Maurergeselle Johann Herrmann Zimmerling hier und Bertha Wilhelmine Haese zu Conradstein. — Arbeiter Heinrich Brandenburger und Ottolia Janowska zu Wiersch. — Kaufmann Friedrich August John Lingenberg und Elisabeth Jenny Remus, beide hier.

Todesfälle: Ober- und Corps-Auditeur des 17. Armeecorps Johann Georg Victor Triepcke, 57 J. — T. d. Vicefeldwebels im Grenadier-Regiment König Friedrich I. Gustav Balzereit, todtgeb. — Frau Johanna Auguste Amalie Balzereit, geb. Flachsberger, fast 26 J. — Frau Wilhelmine Kohnke, geb. Perlbach, 69 J. — Wittwe Amalie Marie Schütz, geb. Schulz, 61 J. — Rentier Heinrich Ferdinand Gottke, 74 J. — S. d. Kesselschmieds August Barwich, 4 M. — S. d. Kanzlisten Paul Hoenischer, fast 4 M. — Frau Maria Möller, geb. Henning, 45 J. — Schmiedegeselle Reinhold Theodor Wösner, 47 J. — T. d. Malers Bernh. Friedr. Starost, 3 J. 5 M. — Holzcapitän Herm. Alexander Hachbarth, 46 J. — Wittwe Auguste Scheschinski, geb. Kowalski, 55 J. — Wittwe Maria Großmann, geb. Soenke, 84 J. — S. d. Zimmergesellen Franz Lietzau, 6 M. — Unehelich: 1 S. und 1 T. todtgeboren.

Danziger Börse vom 6. Juni.

Weizen war auch heute fast geschäftslos, nur rothe Weizen konnten zu 2 Mk. billigeren Preisen verkauft werden. Bezahlt wurde für russischen zum Transit roth 751 Gr. und 753 Gr. 163 M, 748 Gr. 166 M, streng roth 788 Gr. 172 M per Tonne.

Roggen loco geschäftslos. — **Gerste** ist gehandelt inländische große 627 Gr. 147 M, russische zum Transit große 650 Gr. 97 M per Tonne. — **Weizenkleie** feine 3,80 M per 50 Kilogr. bezahlt. — **Roggenkleie** 4,52½ M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Spiritus** unverändert. Contingentirter loco 72 M Br., nicht contingentirter loco 52 M bez.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 4. Juni. Wind: NW.

Angekommen: Erik Hansen, Hansen, Aarhus, Mais. — Minna (SD.), Schindler Methil, Kohlen. — Leander (SD.), Juhl, Bremen, Güter. — Mietzing (SD.), Papist, Shields, Kohlen.

Gesegelt: Flora (SD.), Top, Amsterdam, Güter. — Ernst (SD.), Haye, Hamburg, Güter. — Zoppot (SD.), Scharping, Antwerpen, Güter. — Dwina (SD.), Forman, Leith, Zucker.

5. Juni. Wind: W.

Angekommen: Oestergotland (SD.), Brobeck, Limhamn, Kalksteine. — Benthine, Sommer, Hasle, Thon. — Emma (SD.), Wunderlich, Carlskrona, leer.

Verantwortlicher Redacteur Georg Sander in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Bekanntmachung.

Der **Elektricitäts-Act.-Gesellschaft, vormals Schuckert u. Co.** in Nürnberg, Zweigniederlassung Berlin, vertreten durch ihre Geschäftsführer hierselbst, Ingenieur **M. Manz, 1. Damm 22/23** und den Ingenieur Herrn **H. Schäfer**, hierselbst, Langgarten 44/45, ist die Berechtigung ertheilt, Hausinstallationen im Anschluß an das hiesige städtische Elektricitätswerk auszuführen, was wir hiermit im Anschluß an unsere Veröffentlichung vom **14. Februar 1898** bekannt geben.

Danzig, den 6. Juni 1898. (7838

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Bedarf der hiesigen städtischen Lazarethe an fertiger Wäsche, Bekleidungsstücken und wollenen Decken für das Jahr 1. April 1898/99 soll im Submissionswege beschafft werden. Angebote hierauf sind bis zum

30. Juni d. J., Vorm. 10 Uhr

an das Stadtlazareth am Olivaerthor, mit der Aufschrift „Angebot auf Wäschelieferung für die städtischen Lazarethe" versehen, portofrei einzusenden. In diesem Termine findet auch die Eröffnung der Offerten in Gegenwart der erschienenen Submittenten statt. Die näheren Bedingungen sowie die Proben der zu liefernden Gegenstände liegen in dem Bureau des genannten Lazareths zur Einsicht aus. Die Bedingungen und das zur Offerte zu benutzende Verzeichniß der Lieferungsgegenstände werden von diesem Bureau gegen Erlegung von 1 M Kopialien abgegeben.

Danzig, den 4. Juni 1898. (7818

Commission für die städtischen Krankenanstalten.
v. Rozynski.

Bekanntmachung.

Bei der für das Rechnungsjahr 1. April 1898/99 in Höhe von 100 000 M erfolgten Ausloosung der auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 2. Mai 1887 für Zwecke des Provinzial-Hilfskassen- und Meliorations-Fonds ausgegebenen **3½ % igen Anleihescheine des Provinzial-Verbandes der Provinz Westpreußen** — V. Ausgabe — über 8 Millionen Mk. sind folgende Nummern gezogen worden:

1. **Buchstabe A über je 3000 M**, Nr. 534, 535, 542, 543, 624, 636, 652, 706, 1040, 1043, 1050, 1058, 1064, 1076.
2. **Buchstabe B über je 2000 M**, Nr. 69, 81, 87, 99, 155, 212, 257, 342, 346, 583, 585, 590, 1028, 1078, 1079.
3. **Buchstabe C über je 1000 M**, Nr. 140, 157, 235, 240, 253, 277, 530, 579, 649, 662, 851, 864, 1001, 1103.
4. **Buchstabe D über je 500 M**, Nr. 141, 150, 197, 200, 610, 802, 806, 808, 810, 824, 866, 908, 1129, 1156, 1200, 1432, 1457, 147[illegible].
5. **Buchstabe E über je 200 M**, Nr. 85, 477, 479, 1009, 1013, 1017, 1123, 1235, 1530, 1542, 1603, 1607, 1615, 1643, 1668, 1678, 1681, 1691, 1692, 1743, 1757, 1802, 1803, 1809, 1815.

Die unter diesen Nummern ausgefertigten 3½ % igen Anleihescheine des Provinzial Verbandes der Provinz Westpreußen — V. Ausgabe — werden den Inhabern hierdurch **zum 1. Oktober 1898** mit dem Bemerken gekündigt, daß von diesem Tage an die Auszahlung des Kapitalbetrages für die ausgeloosten Anleihescheine bei der Landeshauptkasse zu Danzig, sowie bei der General-Direction der Seehandlungs-Societät in Berlin, der Deutschen Bank in Berlin, der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin und der Danziger Privat-Actien-Bank in Danzig gegen Rückgabe der Anleihescheine nebst den zugehörigen nach dem Zahlungstage fällig werdenden Zinsscheinen und den Zinsscheinanweisungen erfolgen wird.

Die Verzinsung hört mit dem 1. Oktober 1898 auf; der Betrag für fehlende Zinsscheine wird vom Kapital in Abzug gebracht.

Aus früheren Kündigungen restiren:
der 4 % ige Anleiheschein des Provinzialverbandes von Westpreußen IV. Ausgabe Lit. E. Nr. 121 über 200 M.

Vorstehendes wird auf Grund des § 4 der zum Allerhöchsten Privilegium vom 2. Mai 1887 gehörigen Bedingungen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Danzig, den 11. Mai 1898.

Der Landeshauptmann der Provinz Westpreußen.
In Vertretung.
Hinze. (7018

Bekanntmachung.

Bei der für das Rechnungsjahr 1. April 1898/99 in Höhe von **21 000 Mark** erfolgten Ausloosung der auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 12. Mai 1894 für Zwecke der Provinzial-Hilfskasse ausgegebenen 3½ % gen Anleihescheine des Provinzial-Verbandes der Provinz Westpreußen VI. Ausgabe über 2 Millionen Mark sind folgende Nummern gezogen worden:

1. Buchstabe A. über 3000 Mark Nr. 124, 219, 228.
2. Buchstabe B. über 2000 Mark Nr. 26, 77, 83.
3. Buchstabe C. über 1000 Mark Nr. 113, 121, 201, 230.
4. Buchstabe D. über 500 Mark Nr. 170, 186, 267, 293.

Die unter diesen Nummern ausgefertigten 3½ % gen Anleihescheine des Provinzial-Verbandes der Provinz Westpreußen — VI. Ausgabe — werden den Inhabern hierdurch **zum 1. Oktober 1898** mit dem Bemerken gekündigt, daß von diesem Tage an die Auszahlung des Kapitalbetrages für die ausgeloosten Anleihescheine bei der Landeshauptkasse zu Danzig, sowie bei den Bankgeschäften **Delbrück, Leo & Co.** und **F. W. Krause & Co.** Bankgeschäft in Berlin gegen Rückgabe der Anleihescheine nebst den zugehörigen, nach dem Zahlungstage fälligen Zinsscheinen und Zinsscheinanweisungen erfolgen wird. Die Verzinsung hört mit dem **1. Oktober 1898** auf; der Betrag für fehlende Zinsscheine wird vom Kapital in Abzug gebracht.

Vorstehendes wird auf Grund des § 4 der zum Allerhöchsten Privilegium vom 12. Mai 1894 gehörigen Bedingungen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Danzig, den 11. Mai 1898.

Der Landeshauptmann der Provinz Westpreußen.
In Vertretung.
Hinze. (7019

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist am 1. Juni 1898 unter Nr. 2087 die Firma **A. Zausmer** zu Danzig und als deren Inhaber der Kaufmann und Bernsteinwaarenfabrikant **Abraham Zausmer** hierselbst eingetragen worden. (7802

Danzig, den 1. Juni 1898.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 23. Mai 1898 ist in unser Firmenregister bei der unter Nr. 144 eingetragenen Firma **Julius Goertz Nachfl.** vermerkt:

die Firma ist erloschen.

Tiegenhof, den 23. Mai 1898. (7785

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 23. Mai 1898 ist am 23. Mai 1898 die in Tiegenhof bestehende Handelsniederlassung des Kaufmanns **Paul Engel** ebendaselbst unter der Firma

Paul Engel

in das diesseitige Firmen-Register unter Nr. 166 eingetragen.

Tiegenhof, den 23. Mai 1898. (7786

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Am 15. Juni d. Js., Vormittags 11 Uhr, vergiebt die Direction in öffentlicher Verdingung

Flanell, Nessel, Putztücher, Putzwolle und Werg, flachsenes.

Bedingungen und Proben liegen hier aus, Erstere können gegen Erstattung von 75 Pf. abschriftlich bezogen werden. (7543

Danzig, den 24. Mai 1898.

Königliche Direction der Gewehrfabrik.

Hinweis.

Der Stadtauflage unserer heutigen Nummer liegt eine Bekanntmachung des Magistrats, betr. die Reichstagswahl, bei, auf die wir unsere geehrten Leser hierdurch aufmerksam machen.

Beilage zu Nr. 130 des „Danziger Courier".

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Dienstag, 7. Juni 1898.

Versammlung liberaler Wähler im großen Schützenhaussaale am 4. Juni.

Danzig, 6. Juni.

Trotzdem ein Sonnabend im Juni in unserer Stadt für Versammlungen kein günstiger Tag zu sein pflegt, war doch die vorgestern im großen Saale des Schützenhauses von dem freisinnigen Wahlverein einberufene Versammlung außerordentlich stark besucht. Die Sitzplätze reichten, trotzdem die Tische entfernt waren, nicht im entferntesten aus, die Logen waren dicht besetzt, in den Gängen zwischen den Stühlen standen die Wähler Kopf an Kopf, ja sogar die Aufgänge zur großen Loge waren von Zuhörern besetzt. Nachdem der Candidat der liberalen Parteien, Herr Rickert, bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Beifall begrüßt worden war, eröffnete der Vorsitzende des freisinnigen Wahlvereins Herr Berenz die Versammlung mit folgender Ansprache:

„Der Reichstag ist geschlossen. Die Neuwahlen stehen vor der Thür. Der Vorstand des freisinnigen Wahlvereins hat Sie heute zu einer Versammlung eingeladen, und ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie so zahlreich erschienen sind. Meine Herren! Der nächste Reichstag hat schwere Aufgaben und Beschlüsse von großer Tragweite zu fassen. Die Goldwährung, das Freizügigkeitsgesetz, möglicherweise auch das Wahlrecht sind nicht ungefährdet, aber vor allem, was uns besonders interessirt, handelt es sich um die Handelsverträge, denn über ihre Verlängerung hat der nächste Reichstag zu beschließen. M. H., was wäre aus unserer Vaterstadt Danzig geworden, wenn die Handelsverträge nicht wären und wir Kampfzölle hätten? Nicht zum mindesten verdanken wir das Zustandekommen der Handelsverträge unserem Kaiser, dem Fürsten, der während der zehn Jahre seiner Regierung als seine Hauptaufgabe betrachtet hat, uns den Frieden zu erhalten. Dieses Friedensfürsten wollen wir bei Beginn der Verhandlungen gedenken. Seine Majestät der Kaiser lebe hoch, hoch, hoch!"

Nachdem das dreimalige Hoch auf den Kaiser verklungen war, erhielt Herr Abg. Rickert, bei seinem Vortreten auf der Rednerbühne wiederum begrüßt, das Wort zu seinem Bericht. In der Einleitung betont er die Nothwendigkeit dauernder politischer Arbeit ganz besonders in heutiger Zeit und seinen Wunsch, öfters mit den Wählern in directe Beziehung zu treten. „Ich habe — sagt er — nachdem ich jetzt 28 Jahre als ihr Abgeordneter Ihr Vertrauen gehabt habe, in Besprechungen in engeren Kreisen dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß einer jüngeren Kraft das Mandat anvertraut würde — an anderer Arbeit würde es mir nicht fehlen. Aber die Freunde wollten es nicht und da habe ich es trotzalledem für meine Pflicht gehalten, mich noch einmal zur Verfügung zu stellen (Bravo) — eine Pflicht, die heute bei der überhand nehmenden Lauheit in öffentlichen Angelegenheiten mehr als je betont werden muß." Redner gab alsdann eine Blumenlese aus der Kritik, die über seine parlamentarische Thätigkeit in den letzten Wochen gehalten. Besonders scharf seien die Conservativen in öffentlichen Versammlungen mit ihm in's Gericht gegangen. Aber auch sonst sei hier und da dies und jenes auszusetzen gewesen. Ein Werftarbeiter habe sogar gemeint, er thue zu wenig für die Landwirthschaft! Woher diese Kritik ihren eigentlichen Ursprung habe, sei nicht zweifelhaft. Man wisse ja von früheren Wahlen, wie vor der Wahl agitirt werde. Da sei es kein Wunder, wenn einer ihm nachgesagt habe, er ärgere sich darüber, wenn der Arbeiter einen besseren Rock trage (Heiterkeit) und Aehnliches. Einem Wähler sei es so vorgekommen, als wenn der Abg. Rickert im Parlament gar nicht mehr rede (Heiterkeit, Ruf: sehr richtig! Heiterkeit), der Eine meinte, er vertheidige die Juden zu viel, der Andere, viel zu viel. Alle diese Kritik störe ihn nicht. Wer ihn wählen wolle, der müsse ihn nehmen als einen Mann, der nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung urtheile und stimme; das Gesammtwohl sei das Ziel seiner Bestrebungen, nicht Sonderinteressen. (Bravo.) Redner geht alsdann über auf die bedeutenden Errungenschaften der letzten Legislaturperiode, welche in dauernder Erinnerung der Nation bleiben würden. Das bürgerliche Gesetzbuch, die Militärstrafprozeßordnung, der russische Handelsvertrag, die Heeresverstärkung mit der zweijährigen Dienstzeit, das Flottengesetz — alles Gesetze von großer Tragweite, darunter einige seit Jahrzehnten von der Majorität des Volkes dringend verlangt. Die zweijährige Dienstzeit ist ohne neue Belastung der ärmeren Bevölkerung erlangt und die in einem Theil der Presse auch neuerdings wieder geltend gemachte Besorgniß, daß sie, weil sie nicht für die Dauer gesetzlich festgelegt ist, wieder bald genommen werden könnte, ist völlig unbegründet. Einstweilen hat der Herr Kriegsminister auf meine Anfrage in der letzten Session erklärt, daß die preußische Regierung nach Ablauf der 5 Jahre nicht die Absicht habe, die zweijährige Dienstzeit zu beseitigen, daß sie auch nicht eine Vermehrung der Infanterie-Bataillone beabsichtige, sondern nur eine anderweitige Organisation der Artillerie, bei welcher es sich um sehr erhebliche Mehrausgaben nicht handeln kann. Wir sind wegen unserer Haltung in der Heeres- und Flottenfrage viel angegriffen worden. Das hat aber unsere Ueberzeugung nicht erschüttert, daß Fragen der Landesvertheidigung nicht Parteifragen sein sollen. (Bravo.) Sie sind es auch in anderen freien Staaten nicht. Liberalismus und eine starke Landesvertheidigung sind durchaus keine Gegensätze. (Lebhaftes Bravo.) So lange mir ein Mandat anvertraut wird, werde ich hiernach handeln. Ich verdenke es niemand, wenn er über die Frage, ob einige Schiffe oder einige Bataillone mehr nothwendig sind, eine andere Meinung hat, wie ich. Aber ich werde mir auch den Liberalismus nicht aberkennen lassen, wenn ich im einzelnen Falle eine andere Ueberzeugung gewinne, wie andere Liberale. (Bravo.) (Herr Birkhahn will wiederholt eine Frage an den Redner richten, wird aber von dem Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß er das nachher, wenn er das Wort erhalte, thun könne.) Einige gesetzliche Bestimmungen, die in der letzten Legislaturperiode zu Stande gekommen sind, haben nicht unsere Zustimmung erhalten, z. B. diejenigen über die getrennten Räume im Margarinegesetz und die Aufhebung des Terminhandels. Die Regierungen haben sich auch dagegen gesträubt, aber schließlich trotz aller Bedenken nachgegeben. Die Wähler können die Regierung nicht verurtheilen, wenn sie sich der Majorität der Volksvertretung fügt. Die Wähler selbst tragen die Verantwortung dafür, wenn Gesetze zu Stande kommen, die ihnen nicht gefallen. (Sehr richtig!) Erwähnen möchte ich noch das Gesetz über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Für dasselbe hat der ganze Reichstag mit Ausnahme der Socialdemokraten gestimmt. An dieser Vorlage und an der Militärstrafprozeßordnung zeigt sich auch der wesentliche Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien und der Socialdemokratie in der Behandlung gesetzgeberischer Fragen. Seit Jahren haben die Freisinnigen beantragt, dem Rechtsgefühle des Volkes entsprechend, Leuten, die unschuldig verurtheilt Strafe erdulden müssen, eine Entschädigung von Staats wegen zu gewähren, wenn sich später ihre Unschuld herausstellt. Das ist eine Ehrenpflicht des Staates gegen diejenigen, die unschuldig gelitten haben. (Zustimmung.) Die Regierung brachte in der letzten Session ein Gesetz ein, welches wenigstens insofern dem Reichstag entgegenkam, als es bestimmte, daß ein im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochener Entschädigung erhalten soll, wenn das Wiederaufnahmeverfahren seine Unschuld „oder doch dargethan hat, daß ein begründeter Verdacht gegen ihn nicht mehr vorliegt". Den letzteren Zusatz hat der Reichstag gemacht und die Regierung hat sich gefügt. Die Socialdemokraten haben — wie es in dem vor kurzem herausgekommenen Handbuch für socialdemokratische Wähler heißt —, „selbstverständlich" ihren Standpunkt: Entschädigung für alle unschuldigen Justizopfer, vertreten. Da der Reichstag — und was entscheidend ist, auch der Bundesrath — die socialdemokratischen Anträge auf Entschädigung unschuldig Sistirter oder in Untersuchungshaft Gezogener sowie aller im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen ablehnte, stimmten die Socialdemokraten gegen den ganzen Gesetzentwurf, d. h. sie brachten dem Volk nichts, während wir Anderen wenigstens das zu bringen uns für verpflichtet hielten, was von dem Bundesrath jetzt zu erreichen war. Wer hilft nun den unschuldig Verurtheilten mehr, wer thut dem Rechtsgefühl des Volkes mehr Genüge, der alle unschuldig Verurtheilten ohne Entschädigung läßt oder der wenigstens einem großen Theil derselben die Staatsentschädigung bringt, wie wir es im Gegensatz zu der Socialdemokratie gethan haben? Wir nehmen jede Abschlagszahlung, wenn sie einen Fortschritt bringt; wir sagen nicht: Alles oder nichts! (Bravo!) So kommt man, wenn auch allmählich, vorwärts; so handelt auch der Privatmann. Genau derselbe Unterschied zeigte sich beim Militärstrafprozeß. Diese Reform ist seit Jahrzehnten von dem Volk und seiner Vertretung dringend verlangt. Der schroffe Gegensatz zwischen dem bürgerlichen und dem militärischen Strafprozeß, der Mangel des öffentlichen und mündlichen Verfahrens, der Mangel einer wirksamen Vertheidigung und freien Beweisführung bei letzterem war für die Dauer unerträglich. Das Rechtsgefühl des Volkes verlangte, daß der Soldat grundsätzlich nicht schlechter im Strafprozeß gestellt würde, als der Civilist. Nach langen schwierigen Verhandlungen ist es endlich gelungen, den bisherigen Widerstand einflußreicher Kreise gegen diese Reform zu beseitigen. Es wurde ein Entwurf vorgelegt, der allerdings noch viel zu wünschen übrig ließ, aber doch die Hauptgrundsätze der modernen Rechtsanschauung anerkannte, ein Entwurf, der eine weitere Fortentwicklung wesentlich erleichterte. Der Socialdemokratie genügte er nicht, uns auch nicht, aber wir nahmen den darin enthaltenen Fortschritt, sie lehnte ihn ab. Wer hat dem Volk mehr genützt? Wäre der Entwurf abgelehnt, so wäre die Reform zur Freude der Gegner derselben auf lange Zeit hinausgeschoben. Unsere innere Entwicklung geschieht auf dem Wege der Compromisse. Wir haben allein nicht die Macht, alles auf einmal zu erreichen, wir müssen auch die historischen Verhältnisse berücksichtigen. Wir sind zufrieden, wenn wir nur Fortschritte und nicht Rückschritte machen. — Auch in Bezug auf die Flottenfrage hat man mich vielfach angegriffen. Von den Verhandlungen in den conservativen Versammlungen gewinnt man fast den Eindruck, als ob auch manchem der conservativen Herren meine Haltung in dieser Frage nicht ganz angenehm gewesen wäre. Der eine der Herren vermißt bei mir die Sachkenntniß. Nun — man probirt es vielleicht einmal mit seiner Sachkenntniß. (Heiterkeit.) Einige andere conservative Herren beschuldigen mich des Wankelmuths, sie vermissen bei mir ein „steifes Rückgrat". Etwa weil ich für die großen vorhin genannten Reformgesetze gestimmt habe? Ob sie mein Rückgrat etwa anerkannt und gelobt hätten, wenn ich gegen diese Vorlagen gestimmt hätte? Genau derselbe Vorwurf ist mir in der socialdemokratischen Versammlung gemacht. Solche Vorwürfe und Angriffe ertrage ich mit Gleichmuth, im Kampf der politischen Meinungen muß man sich gefallen lassen, wenn der Gegner mit voller Schärfe kritisirt. Aber verlangen darf man doch, daß nur mit den Mitteln der Wahrheit und nicht mit Unwahrheiten gekämpft wird. (Sehr richtig.) Ein Redner hat in der conservativen Versammlung behauptet, daß ich und meine Freunde vor anderthalb Jahren von zwei geforderten Panzerkreuzern nur einen bewilligt hätte, daß ich aber neuerdings für die ganze Flottenvorlage eingetreten sei. Meine Abstimmung für die Flottenvermehrung sei lediglich ein „taktischer Kniff" und auf Stimmungsmache für die kommende Wahl berechnet gewesen. Ohne die Form dieses Angriffes zu beachten, will ich nur dieser unwahren Behauptung gegenüber folgende Thatsachen feststellen: 1. Wie ich bereits in der Versammlung vom 18. November vorigen Jahres hier öffentlich erklärt habe, habe ich beim Etat pro 1897/98 nicht für einen, sondern für beide Kreuzer gestimmt. 2. Ich habe auch im Jahre vorher, wie die namentliche Abstimmung beweist, im Gegensatz zu einigen meiner Freunde für den damals geforderten großen Panzerkreuzer gestimmt. (Redner legt die stenographischen Berichte vor, aus denen auch hervorgeht, daß er gleichzeitig, wie früher wiederholt, dafür eingetreten ist, daß ein gleichmäßiger Stamm von Arbeitern auf den Werften unterhalten und größere Arbeiterentlassungen vermieden würden.) 3. In einer Vertrauensmänner-Versammlung, die von über 100 Vertrauensmännern besucht war, habe ich hier vor Eingang der Flottenvorlage, bereits im voraus die bestimmte Erklärung abgegeben, daß ich für eine Verstärkung der Flotte eintreten würde, weil ich sie für nöthig hielte. Die Beurtheilung der von meinen politischen Gegnern beobachteten Methode, durch unwahre Behauptungen, die längst widerlegt sind, mich in den Augen der Wähler herabzusetzen, überlasse ich den Wählern selbst. Jahrzehnte bevor der conservative Redner, der diese Behauptung aufgestellt, in das öffentliche Leben eingetreten ist, bin ich schon im Nationalverein für eine starke deutsche Seemacht wiederholt eingetreten. (Redner weist auf die neuerdings wieder veröffentlichten Verhandlungen des Nationalvereins in Heidelberg hin.) Vom Jahre 1874 bis zum Jahre 1887 während der großen schöpferischen Thätigkeit des Admirals General v. Stosch und seines Nachfolgers Grafen Caprivi bin ich Referent für den Marine-Etat gewesen. Ob ich aus taktischen Gründen oder aus lebhaftem Interesse für die deutsche Marine gewirkt habe, werden diejenigen Männer, die an der Spitze der Marine-Verwaltung standen, besser beurtheilen können wie der conservative Redner. Es war mir eine Genugthuung und Freude, daß das erste Telegramm, welches ich an dem Tage meines 25. parlamentarischen Jubiläums erhielt, von dem ersten Organisator der Marine herrührte, welches s. Z. auch veröffentlicht ist. Es lautete: „Für die der Marine gewährte Unterstützung sendet die dankbarsten Glückwünsche v. Stosch." Es widerstrebt mir, diese Dinge hier vorzubringen. Ich bin es aber der Sache, die ich vertrete und meinen hiesigen Freunden schuldig. Bei dieser Gelegenheit erwähnt Redner das wiederholt jetzt auftretende Gerücht über große bevorstehende Arbeiterentlassungen auf der kais. Werft nach der Wahl. (Ruf: Sehr richtig!) Sehr richtig? Ist vielleicht der Herr, der so ruft, nicht unbetheiligt bei der Verbreitung dieses Gerüchts? (Heiterkeit.) Diesem Gerücht bin ich schon vor einigen Monaten auf Grund von Informationen an competenter Stelle entgegengetreten. Als es mir jetzt von neuem bekannt wurde, habe ich mich sofort wieder nach Berlin gewendet und von competenter Seite Folgendes erfahren: Das Gerücht ist jetzt ebenso unbegründet wie früher. Es ist richtig, daß die kais. Werft in Danzig den ihr anfänglich zugesagten kleinen Kreuzer nicht erhalten kann, dafür bekommt sie zwei Kanonenboote. Schichau hat am 24. April den Zuschlag auf das Linienschiff A erhalten. Es sind an Arbeitsobjecten der kaiserl. Werft zu Danzig überwiesen: 1. statt eines zwei Kanonenboote, 2. von der Werft Wilhelmshaven a) 2 Kohlenprähme, b) 1 Kombüsenprahm mit Deckshaus, c) 1 Werftdampfer (Ersatz für „Caurus), 3. von der Werft Kiel 1 Torpedoprahm, 4. 1 Munitionsprahm, 5. 1 Wasserfahrzeug, 6. 1 Peilboot für Vermessungszwecke, 7. Reparatur der „Alexandrine". Falls diese Arbeiten nicht ausreichen, soll Abhilfe dadurch gesucht werden, daß die Arbeitszeit der Schiffbauer um eine Stunde verkürzt wird. (Wie anderweitig authentisch gemeldet wird, soll von Montag ab auch die Verkürzung der Arbeitszeit wieder aufhören, also volle Arbeitszeit eintreten.) Was geschehen konnte, um hier größere Arbeiterentlassungen zu verhüten, ist geschehen und wird auch in Zukunft geschehen. Auf Privatwerften steht uns Abgeordneten ein Einfluß nicht zu. Ich nehme aber nach den veröffentlichten Mittheilungen an, daß auch dort größere Arbeiterentlassungen nicht mehr zu befürchten sind.

Ich möchte jetzt den **Wahlaufruf der Danziger Conservativen** kurz besprechen. Leider kann ich es vorläufig nur in wenigen Punkten, weil ich heute noch anderen Rednern Raum gewähren möchte. Der conservative Wahlaufruf ist u. a. auch von Beamten unter Hinzufügung ihres Amtscharakters unterzeichnet. Wie die Majorität der Volksvertretungen darüber denkt, wissen Sie. Ich erinnere nur an die Verhandlungen über den Hildesheimer Wahlaufruf. Solche Vorgänge kann die Volksvertretung, die darüber nach der Verfassung zu entscheiden hat, nicht unbeachtet vorübergehen lassen; nach ihrer Ansicht gehört es sich nicht, daß Beamte als solche und mit Hervorhebung ihres Amtscharakters sich in die Wahlbewegung einmischen. (Lebhaftes Bravo!) Ueber einige wichtige Tagesfragen, über Doppelwährung, Freizügigkeit, Coalitionsrecht, Reichswahlrecht spricht sich der conservative Wahlaufruf nicht aus. Mehr in den Vordergrund stellt derselbe die Uebelstände der Abzahlungsgeschäfte, Ramschbazare u. s. w. Er will den Kampf gegen die unlautere Geschäftspraxis. Wer wollte eine solche unlautere Praxis? Allen zweckmäßigen Mitteln wird man zustimmen, aber wie die Verhandlungen im Abgeordnetenhause gezeigt haben, ist die Sache denn doch nicht so einfach zu machen, wie manche Herren denken. Man hat eine Besteuerung der Ramschbazare vorgeschlagen; dagegen hat der Hr. Finanzminister auf die mangelnden Resultate der Besteuerung in Paris hingewiesen. Dort hat man die großen Waarenhäuser seit einer Reihe von Jahren immer höher besteuert. Das Gesetz von 1893 lastete den zwei größten fast 1 Million Francs auf. Der Satz ist noch erhöht worden, so daß die Steuer voraussichtlich zwei Millionen für jedes der beiden betragen wird. Trotzdem dehnen sie sich immer mehr aus, schon um die hohe Steuer aufzubringen. Auch der kluge Herr Finanzminister will die Besteuerung nicht von Staats wegen, sondern er will sie den Communen überlassen. Wir haben ja einige Stadträthe unter uns hier. Sie denken vielleicht über die Sache nach und nehmen sich auch einige Herren der Unterzeichner des conservativen Wahlaufrufes, es sind ja Regierungsräthe darunter, zu Hilfe. (Heiterkeit.) Auch wir wollen jeden unlauteren Wettbewerb beseitigen. Geeignete Mittel zu finden, ist aber nicht so leicht, wie es manchem erscheint. Der Aufruf hebt ferner hervor die Treue zur Monarchie und zum Kaiserhause, er will keine Parlamentsherrschaft. (Ruf: ist selbstverständlich!) Jawohl! Wollen wir etwa die Parlamentsherrschaft und haben wir denn nicht den Eid auf die Verfassung geleistet, welcher Treue dem Könige und der Verfassung enthält? Wo haben wir denn die Rechte der Krone antasten wollen? So viel ich weiß, ist noch niemals in der Presse und in den Reden unserer Richtung ein Wort gefallen, wie das in dem amtlichen Organ des Bundes der Landwirthe in einer Zuschrift, in welcher es hieß, daß die Folgen der Wirthschaftspolitik des Grafen Caprivi wären, daß der deutsche Landwirth den Kaiser als seinen politischen Gegner anzusehen geneigt wäre. Hat nicht der Landwirthschaftsminister die Agitation für den Antrag Kanitz geradezu gemeingefährlich genannt und war nicht der von den Conservativen unterstützte Antrag Stöcker-v. Hammerstein in Bezug auf die Anstellung der Universitäts-Theologen eine Beschränkung der Rechte der Regierung? Uns dagegen hat man von Seiten der Socialdemokraten den Vorwurf gemacht, daß wir durch die Annahme des Gesetzes über Einnahmen und Ausgaben im Landtage die Rechte der Volksvertretung zu Gunsten der Krone beschränkt hätten. Für dieses Gesetz haben wir in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Virchow gestimmt, weil es endlich die nothwendige gesetzliche Grundlage für die Finanzordnung brachte. Die eigenthümlichste Stelle aber in dem conservativen Wahlaufruf ist die über die Handelsverträge. Die Herren verlangen schon jetzt, daß für die Dauer der festen Handelsverträge „der landwirthschaftlichen Production ein besserer Schutz gewährt werde, als es in den jüngsten Handelsverträgen geschehen ist". Eine solche Forderung schon jetzt in einer Ansprache an die Wähler einer Stadt wie Danzig und an Tausende von Arbeitern ist denn doch etwas sehr Ungewöhnliches. Haben denn etwa die jetzigen Handels-Verträge keinen Schutz für die Landwirthschaft? Sind 35 Mk. etwa kein Schutz? Und will man schon jetzt, wo wir einen höheren Getreidepreis haben, als selbst Graf Kanitz ihn in seinem Antrage forderte (er forderte bekanntlich 215 Mk. für Weizen und 165 Mk. für Roggen), einen noch höheren Zoll verlangen? Man sollte doch bedenken, daß die Ausgaben für Brod in dem Haushalt des Arbeiters den zehnten bis sechsten Theil der gesammten Einnahme desselben ausmachen. Im Interesse des Arbeiters liegt diese Forderung unter keinen Umständen, aber auch nicht einmal im Interesse der Landwirthschaft. Es war der Herr Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe, einer der größten Grundbesitzer Deutschlands, welcher im Reichstage hervorgehoben hat, daß von höheren Getreidepreisen nur 4 Millionen der 19 Millionen landwirthschaftlicher Bevölkerung Vortheil, während die große Majorität der Landwirthe keinen Vortheil, ja zum großen Theil direct Nachtheil hat. Der Danziger Aufruf geht ja noch weiter wie die Erklärung des Hrn. Landwirthschaftsminister und insbesondere weiter wie diejenige des Ministers Grafen v. Posadowsky. Der Erstere sagte doch nur eine „sorgsame Prüfung" für die späteren Verhandlungen zu, wie die Interessen der Landwirthe besser gewahrt werden können und müssen. Graf Posadowsky war noch vorsichtiger. Er erklärte, „man würde aufs kräftigste und eingehendste prüfen, inwieweit die Forderungen der Landwirthe berechtigt seien und inwieweit diese Forderungen sich mit dem Interesse der übrigen Berufszweige vertragen und wofern wir zu der Erkenntniß kommen, daß die Landwirthschaft nicht genügend geschützt sei, dann müssen wir auch der Landwirthschaft einen höheren Schutz gewähren". Daß diese Erklärungen den extremen Agrariern nicht genügt haben, geht aus der Aeußerung der „Correspondenz des Bundes der Landwirthe" hervor: „Wer uns nichts Positiveres versprechen will, als in dem nächsten Handelsvertrage die landwirthschaftlichen Interessen „besser zu wahren", den lachen wir aus, wenn er dafür unsere Mithilfe verlangt." Das mögen sich doch unsere Danziger Herren Conservativen gesagt sein lassen. Man klagt uns an, daß wir die Viehseuche, welche unseren Viehstand bedrohe, in unser Land hineinbringen lassen wollten. Das ist eine Unwahrheit. Auch wir haben für das Viehseuchengesetz gestimmt und wollen dessen Ausführung. Die Grenzen zu sperren im Interesse der Viehpreise würde ein Bruch der Handelsverträge sein, auf welchen die Regierung sich nicht einlassen kann. Ist es denn aber auch wahr, daß der Viehstand Deutschlands und insbesondere das „Schwein des armen Mannes" so bedroht gewesen ist? In den zehn Jahren von 1882 bis 1892 hat sich der Viehstand Deutschlands jährlich um 80 Mill. Mk. im Werthe vermehrt und seit den Handelsverträgen vom Jahre 1892 bis 1897 um 90 Mill. in jedem Jahre. Gerade das Schwein des armen Mannes hat sich in Deutschland während dieser fünf Jahre um 1 665 000 Stück, d. h. um 21½ Proc. vermehrt. Unwahr ist es auch, daß bei der Vermehrung des Viehstandes der Getreidebau verringert sei. Die Statistik weist nach, daß in den letzten fünf Jahren seit den Handelsverträgen die Anbauflächen für Weizen und Roggen um 232 800 Hectar gestiegen ist, ebenso sind es die kleinen landwirthschaftlichen Betriebe unter 20 Hectar. Gewiß kämpfen die

Landwirthe mit großen Schwierigkeiten, so verzweifelt aber ist ihre Lage nicht, wie es die extremen Agrarier schildern, und vor allen Dingen darf man doch nicht so hohe Schutzzölle verlangen, daß die Millionen unserer Arbeiter in ihrem Haushalt in ganz ungemessener Weise belastet werden.

Gegen unsere Goldwährung, welche die sichere Grundlage unseres gesammten Verkehrs ist, gegen die bewährte Verwaltung unserer Reichsbank wird von den extremen Agrariern fortgesetzt agitirt, in diesen Tagen noch von den ostpreußischen Kreisvorsitzenden des Bundes der Landwirthe. Die Einführung der Doppelwährung wäre ein schwerer Schlag auch für die Arbeiter und alle, welche auf festes Einkommen angewiesen sind. Sie würden mit Geld bezahlt werden, das um die Hälfte minderwerthig ist als Gold. Die Aufhebung des Identitätsnachweises bei Getreide, die im Interesse der Landwirthschaft nothwendig war, ist von uns betrieben. Die Conservativen haben uns lange dabei nicht unterstützt. Jetzt bekämpft man fortgesetzt die Transitläger, die der Handel nicht entbehren kann und die auch im Interesse der Landwirthschaft liegen. Große Aufgaben sind auch insbesondere für die weitere Entwicklung unserer **engeren Heimath** zu lösen. Sie wissen, daß ich wiederholt die Frage der **Rayon-Gesetze** im Reichstage angeregt habe. Der Herr Kriegsministers hat auch in der letzten Session, wie sein Vorgänger, die Uebelstände anerkannt, welche darin für Danzig liegen. Die Dinge gehen nur nicht so schnell, wie wir es wünschen. Mit etwas Geduld werden wir schon zum Ziel kommen. Es ist mir Bedürfniß, bei dieser Gelegenheit öffentlich meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es mir vergönnt gewesen, bei dieser Frage, wie bei der der technischen Hochschule in Gemeinsamkeit und Uebereinstimmung mit den städtischen Behörden und insbesondere dem Herrn Oberbürgermeister und meinem Freunde Ehlers zu wirken. Ich kann denselben nur Dank dafür sagen.

Nicht übergehen kann ich einen Vorgang, der große Kreise unserer Danziger Bevölkerung auf das peinlichste berührt hat: **die antisemitische Rede des Herrn Blümke** in der conservativen Versammlung. Diese Rede beweist eine solche Unkenntniß der thatsächlichen und gesetzlichen Verhältnisse, daß man nur erstaunt sein kann, daß ein Verwaltungsrichter solche Dinge öffentlich vor genauerer Information aussprechen kann. Sie ist ihm nachher öffentlich geworden. Wir bedauern ein solches Vorgehen aber nicht nur wegen der Stellung des Redners, sondern wegen der Gefahren für unsere hiesigen Verhältnisse. (Sehr wahr.) Wir haben hier bisher den Frieden unter allen Confessionen gehabt. Solche Reden tragen wahrlich nicht dazu bei, ihn zu wahren und zu fördern. (Lebhafter Beifall.) Der Herr Redner hat allerdings auch schon jetzt eine harte Strafe für dieselbe erhalten: der Freund Ahlwardts zieht vor ihm den Hut. Nun überlassen wir Herrn Sedlatzek die Freude über diese Rede. Wir aber wollen uns vereinigen, um dahin zu wirken, daß der bisherige confessionelle Friede in Danzig nicht gestört werde. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Nach den Resultaten der letzten Legislaturperiode wäre nichts unberechtigter als ein Pessimismus, der die Zukunft unseres Vaterlandes schwarz malt. Eins allerdings ist nothwendig, das liberale Bürgerthum in Stadt und Land muß seine Gleichgiltigkeit für die öffentlichen Angelegenheiten mehr in den Hintergrund drängen. Es giebt noch zu Viele, welche die Politik nicht als eine reale Arbeit, sondern als einen Sport betrachten, welchen sie den wunderlichen Menschen überlassen, die ihr Geld und ihre Gesundheit in solchen brodlosen Künsten vergeuden; sie glauben besser für sich und ihre Familie zu sorgen, wenn sie nur ihrem Erwerbe nachgehen. Das ist ein verhängnißvoller Irrthum; Beschäftigung mit Politik ist eine sehr reale Sache. Für den Wissenschafter, der die Freiheit der Forschung und die Gewissensfreiheit als die Grundbedingung für seine Arbeit gebraucht — was bedeutet die Freiheit der Forschung in einem Staat, in dem die Zeloten das Uebergewicht haben. Aber auch für die Erwerbsberufe hat die Politik einen sehr realen Hintergrund. Das haben wir bei den Gesetzen der letzten Zeit gesehen. Wenn alle ihre Pflicht thun, wird die innere Entwicklung Deutschlands eine gesunde sein. Thue nur jeder seine Schuldigkeit in voller Unabhängigkeit und gewissenhafter Prüfung. Die Wahltage sind Werthmesser für den inneren Gehalt eines Volkes. Sorgen wir, ein jeder in seinem Kreise, dafür, daß die deutsche Nation diese Prüfung am 16. Juni bestehe und die Wahlen zum Glück des deutschen Volkes ausfallen. (Andauernder lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Berenz**: Ich glaube im Sinne der Anwesenden zu handeln, wenn ich unserem Reichstagsabgeordneten unseren Dank für seine Ausführungen und sein Verhalten im Reichstage ausspreche. (Bravo.) Die Discussion wird durch einen Anhänger der Socialdemokratie, Herrn **Birkhahn**, eröffnet. Der **Vorsitzende** macht, bevor er seine Ausführungen beginnt, darauf aufmerksam, daß der freisinnige Wahlverein zu heute Abend den Saal gemiethet habe. Wir haben, unseren früheren Gewohnheiten getreu, Gäste zugelassen und gewähren ihnen auch Redefreiheit, aber ich muß bitten, daß unsere Gäste sich höflich verhalten, die Redner nicht unterbrechen und sie ruhig aussprechen lassen, dann kommen wir am ersten zum Ziel. Herr **Birkhahn** führt aus: Wir haben alle Herrn Rickert gehört, es giebt in seiner Rede vieles, mit dem wir einverstanden sind, aber auch vieles, zu dem wir sagen: Nein. Ich will ihn nicht haarklein widerlegen, aber nur einige Punkte anführen. Da finde ich als ersten Punkt: um welchen Freisinn handelt es sich denn eigentlich bei Herrn Rickert, es giebt doch verschiedene Richtungen. Herr Rickert ist für das Zustandekommen des neuen Flottengesetzes eingetreten. Wo ist denn der große Segen der Flotte? Ich sehe ihn nicht. Der Arbeiter hat keinen Nutzen davon. Was ist denn bis jetzt geschehen? Die Werften haben seit Februar die Arbeitsstunden herabgesetzt, aber ohne einen Minimallohnsatz einzuführen. Hat sich der Arbeiter nicht ein paar Groschen gespart, die er in dieser Zeit zusetzen kann, dann kann er schlecht warten, bis der Segen kommt. Aber kommen dann die Schiffsbauten, dann wird Tag und Nacht ohne Unterbrechung gearbeitet, dann weiß man nicht hin vor lauter Segen. Der Arbeiter steht in einem Hangen und Bangen, er weiß nicht, wann er wieder auf die Straße gesetzt wird. Was den Staat anbetrifft, so weiß ich auch nicht, wo der Nutzen herkommt. Ich bin vor vier Jahren in meine jetzige Wohnung eingezogen, damals zahlte ich 17, jetzt 22 Mark Miethe, ich weiß nicht, ob man das „Wohl" nennen wird, auch das Brod wird immer kleiner. Ich will den Freisinn nicht für alles verantwortlich machen, aber er hat große taktische Fehler gemacht. Die Herren, die im Juni die Stimmen der Arbeiter haben wollen, haben in der Stadtverordnetensitzung auf der einen Seite armen Leuten noch ein paar Mark abgezogen, und kleine Summen, die zur Ausübung der Humanität dienen sollten, abgelehnt, auf der anderen Seite dagegen wurden gleich 3000 Mk. jährliche Gehaltserhöhung für den Oberbürgermeister debattelos bewilligt. Es gehört Muth dazu, um nach solchen Vorkommnissen um die Stimmen der Arbeiter zu bitten. Ich will die Arbeiter nicht beeinflussen, aber der Arbeiter soll doch weiter nichts als der Hüter des Geldsacks, des dreimal geheiligten, bleiben, dem wollen wir vorbeugen. (Beifall der Socialdemokraten.) Diese Ausführungen sind eigentlich nur nebensächlich. Herr Rickert hat hier die Forderungen der einzelnen Parteien erörtert. Die Partei, die wirklich nur das Wohl des Volkes will, wird gehetzt und getrieben durch die Hüter des Gesetzes, ihre Anhänger werden mit Füßen getreten. Ich möchte nur wissen: die Gendarmen, die Amtsvorsteher, Landräthe u. s. w. kennen sie die Gesetze nicht oder wollen sie sie nicht kennen? Sonst sind die Proteste aus verschiedenen Orten nicht zu verstehen, wo unsere Parteigenossen mißhandelt und ihnen die Flugblätter fortgenommen wurden. Die Socialdemokratie strebt nach großen Zielen. Bei den Wahlen wird es sich herausstellen, ob das Volk gewillt ist, sich noch länger knechten zu lassen, oder ob wir uns aus dem Schlafe aufrütteln wollen. Das wollen wir am 16. Juni zeigen. Darum prüfen Sie ihren Geldsack, haben Sie viel, dann wählen Sie einen Conservativen oder einen Freisinnigen, haben Sie wenig Geld, dann wählen Sie einen Socialdemokraten. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Herr **Rickert**: Auch ich bedauere es, daß der Vorredner um 5 Mk. in seiner Miethe gesteigert ist und daß „sein Geldsack" klein ist, aber was sollte ich wohl als Reichstagsabgeordneter dagegen machen? Ein Wunderthäter für alles bin ich nicht. Der Vorredner fragt: Wo ist denn der Segen der Flotte? Er liegt vor allem darin, daß sie unsere Wehrfähigkeit erhöht. Als wir 1870 von den Franzosen überfallen wurden, da mußten schließlich nicht wir, sondern unsere Angreifer die Kriegskosten zahlen. Was hätten Sie gesagt, wenn es anders gekommen wäre? Das ist der Segen der Flotte und der Armee. Freilich, als nach der französischen Kriegserklärung im Reichstage von der Regierung eine Kriegsanleihe verlangt wurde, enthielten sich die Socialdemokraten der Abstimmung, sie wollten neutral bleiben! (Ruf: „Quatsch!" Von allen Seiten ertönen entrüstete Rufe: „Raus!" Bitte lassen Sie ihn doch, wenn wir auch hier nicht daran gewöhnt sind, in so grober Manier zu verhandeln. Sie rufen „Quatsch", ich verzichte darauf, zu untersuchen, was das ist, was Sie geredet haben. (Große Heiterkeit.) In Stettin haben die Socialdemokraten eine freisinnige Versammlung gesprengt, obwohl der Parteivorstand den Genossen anempfohlen hat, sich in gegnerischen Versammlungen höflich zu benehmen. Wollen Sie denn überhaupt keine Ausgaben für die Armee (Ruf: nein.) Nun da sind doch Ihre Führer anderer Meinung. Liebknecht will eine Milizarmee, wie sie z. B. in der Schweiz besteht. Das ist aber keine Armee, wie wir sie gebrauchen können, und wenn wir die Kosten aufmachen, dann stellt sich heraus, daß die Liebknecht'sche Armee ebenso viel kosten würde wie unsere jetzige. Das habe ich einmal im Reichstag ausgeführt. Ich habe das Vertrauen zu unseren Arbeitern, auch zu den socialdemokratischen, daß sie ihr Vaterland vertheidigt wissen wollen. Besitzen wir keine geeignete Flotte zur Vertheidigung unserer Küsten, so liegt die Gefahr nahe, daß mit den jetzigen über 1 Meile weit tragenden Geschützen unsere und andere Küstenstädte von der See aus wirksam bombardirt werden können. Haben Sie nicht auch Weib und Kinder, nicht einen Herd, den Sie vor feindlichen Angriffen schützen müssen? Und der Segen für die Arbeiter? Wenn wir, wie die Socialdemokraten, Schiffe nicht bewilligt hätten, so wäre heute die kaiserliche Werft öde und leer (Sehr richtig!), und auch die Schichau'sche Werft wäre davon betroffen. Sie verlangen höhere Löhne, garnichts hätten Sie dann bekommen. Ich wundere mich, woher sie den Muth nehmen, gerade diese Frage vor den Arbeitern aufzurollen. Der Vorredner hat sich darüber beklagt, daß seine Parteigenossen chicanirt würden, ja, das passirt doch nicht den Socialdemokraten allein; hat er denn nichts gehört von unseren Landtagsverhandlungen über Puttkamerun? Wir verzweifeln aber deshalb noch nicht am Vaterlande. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende ertheilt dem socialdemokratischen Candidaten, Herrn **Storch** aus Stettin, das Wort, der von den Socialdemokraten begrüßt wurde. Nachdem der Vorsitzende ersucht hat, sich daran zu erinnern, daß er hier Gast sei und die Dauer seiner Rede der vorgeschrittenen Zeit wegen nicht über 15 Minuten auszudehnen, führt Herr **Storch** aus: Zunächst will ich hervorheben, daß ich ganz genau weiß, daß ich hier Gast bin, ich bin in vielen Jahren, in denen ich mich im öffentlichen Leben befinde, stets dafür eingetreten, daß politische Erörterungen sachlich blieben. Ich bitte, meine kurzen Ausführungen ruhig mit anzuhören und möchte auch meine Freunde daran erinnern, daß sie ihren Beifall bis zum Schlusse aufsparen. Wenn der Herr Abg. Rickert ausführte, er werde fest an den Grundsätzen des Liberalismus festhalten, so ist das ein Widerspruch. Der Freisinn hat sich wiederholt gemausert, da kann man doch nicht von festen Grundsätzen reden. Erst in der letzten Stunde scheint er sich wieder etwas geeinigt zu haben. Herr Rickert hat sich viel mit den Arbeitern beschäftigt, auch den Unterbeamten und Lehrern hat er seine Fürsorge angedeihen lassen, man braucht eben die Arbeiterstimmen, deshalb kokettirt er mit den Arbeitern. Dies ist doch nicht recht schön. Dann frage ich, ob die 997 Millionen Neubelastung nicht doch zum größten Theil von den Arbeitern aufgebracht werden müßten. Die Arbeiter haben jetzt schon schwer an den indirecten Steuern zu schleppen. Herr Rickert hat ja allerdings ausgeführt, daß die Militärvorlage und das Flottengesetz durchgeführt werden sollen, ohne daß die Steuerschraube aufs neue angezogen wird. In dem Gesetz steht aber dieser Passus nicht drin, es ist nicht klar gelassen, wo die neuen Summen herkommen sollen, wenn sie nöthig sind. Am richtigsten haben deshalb die Socialdemokraten gehandelt. Sie verlangten, daß die Patrioten, die eine Vergrößerung der Flotte wollen, auch das Geld dazu hergeben sollten, sie wollten die Einkommen über 6000 Mk. besteuern. Das wäre die beste Gewähr gewesen, aber dafür waren die anderen nicht zu haben. Herr Rickert hat den Socialdemokraten auch Seitenhiebe in Betreff der Vorlage betreffend Entschädigung unschuldig Verurtheilter ertheilt. Wir wollten aber noch mehr als wie bewilligt wurde, wir wollten auch Schutz gegen grundlose Untersuchungshaft. Wenn ein armer Familienvater ein Viertel, drei Viertel Jahre lang in Untersuchungshaft genommen wird, ohne daß nachher der Staatsanwalt etwas machen kann, dann ist auch dieser ruinirt und auch in diesem Fall verlangen wir Entschädigung. Die Socialdemokraten haben sich dadurch von den anderen unterschieden, daß sie von diesem ihren Princip nicht abgegangen sind. Die Partei gestattet ihren Abgeordneten nicht, nach ihrem Belieben zu stimmen, sie hält auf Parteidisciplin. Jeder Candidat muß fest sein in seinen Grundsätzen, sonst ist er kein Volksmann. Auch das Margarinegesetz haben wir nicht angenommen, wir haben der armen Bevölkerung ein so wichtiges, billiges Nahrungsmittel nicht vertheuern wollen. Die beste Gelegenheit für die Arbeiterfreundlichkeit des Freisinns wäre im Jahre 1895 gewesen, als wir die Aufhebung der Salzsteuer beantragten. Da hätte der Freisinn für diesen Antrag eintreten können, aber er hütete sich. Herr Rickert will mit eindringlichen Worten die Arbeiter in die freisinnige Mausefalle locken, aber sie werden sich nicht von seinen schönen Worten einfangen lassen. In Berlin, wo der Freisinn die Macht hat und zeigen könnte, ob er etwas leistet, haben die Arbeiter sich auch auf sich selbst besonnen. Die Arbeiter können nur von der Socialdemokratie etwas erwarten, der Freisinn ist auf dem wirthschaftlichen Gebiete ihr ärgster Feind. Er wird stets der Gegner der Arbeiter sein, er will keine Besserung der Löhne, es soll alles der Selbsthilfe überlassen bleiben. Er vergißt, daß das garnicht möglich ist, es kann nicht immer zu Gunsten einer Conjunctur gehen, die Löhne müssen festgelegt werden. An die Arbeiter richte ich die Mahnung, ihre Schuldigkeit zu thun. Zuletzt möchte ich noch die Erwähnung der Stettiner Versammlung zurückweisen. Dort war unser Genosse Herbert eines Abends an einem Café von jungen Leuten angerempelt worden, er sollte auch verhauen werden. Als er das später in einer freisinnigen Versammlung als eine Lümmelei bezeichnete, so weiß ich nicht, welchen anderen Ausdruck er hätte wählen sollen. Das konnte doch keinen Grund abgeben, deshalb ihm das Wort zu entziehen. Dieses ließen sich natürlich unsere Genossen nicht gefallen und kam es zu stürmischen Auftritten, die den Schluß der Versammlung herbeiführten. (Zurufe: Gehört nicht hierher, Schluß.) Ich weise nur damit den Vorwurf zurück, als ob wir in die Versammlung kommen und stören. Ich bitte Sie, dem Socialdemokraten Ihre Stimme zu geben. (Lauter Beifall der Socialdemokraten.)

Herr Abg. **Ehlers**: Ich will nur einige Worte für die Candidatur Rickert sprechen. Die Einwände, welche heute die socialdemokratischen und früher die conservativen Redner und die conservative Presse gegen ihn erhoben haben, haben nicht viel auf sich. Sachliche Ausstellungen sind nicht gemacht worden, aber man hat ihm etwas Schlimmes vorgeworfen: er soll heucheln. Ich verstehe diesen Vorwurf nicht. Wie soll Herr Rickert es bei seinem Bericht anders machen, als wie er es thut? Er kann den Arbeitern doch nicht grobe Worte sagen. Die Conservativen werfen ihm gleichfalls Heuchelei bei seiner Abstimmung über die Flottenvorlage vor. Ich habe das Gefühl, diese Abstimmung ist ihnen nicht angenehm, sie würden es viel lieber gesehen haben, wenn er anders gestimmt hätte, dann hätten sie eine viel bessere Gelegenheit gehabt, ihn anzugreifen und weil ihnen diese Gelegenheit entgangen ist, greifen sie zu der Verdächtigung. Was Herr Storch über die Parteidisciplin der socialdemokratischen Abgeordneten gesagt hat, bezeichnet man mit dem Ausdrucke **Cadavergehorsam**. Dann allerdings kann man jeden Menschen in den Reichstag schicken, er braucht dann weder Sachkenntniß noch eigene Ueberzeugung mitzubringen, sondern stimmt einfach so, wie ihm befohlen wird. Es fragt sich nur, ob wir Danziger mit solch einem Abgeordneten vorlieb nehmen möchten. Wir haben Hrn. Rickert in seiner parlamentarischen Laufbahn nun seit 28 Jahren verfolgt und gefunden, daß er stets nach seiner Ueberzeugung gestimmt hat. Wir haben aber auch gar nichts anderes erwartet, denn wir wollen nur einen solchen Abgeordneten, von dem wir überzeugt sind, daß er nur nach seiner Ueberzeugung und nach seinem Gewissen stimmt. (Bravo.) Wir werden deshalb wissen, wie wir am 16. zu stimmen haben. Wenn nur jeder zur Wahlurne kommt, dann bin ich schon zufrieden, denn jeder Danziger Wähler wird sich doch überlegen, ob er dem Manne seine Stimme wieder geben soll, welcher sich seit 28 Jahren bewährt hat, oder ob er zur Abwechselung einmal Herrn Storch aus Stettin wählen soll (Heiterkeit) oder Herrn Schulz, welcher erst seit kurzem hier weilt und von den wirthschaftlichen Verhältnissen in unserer Stadt noch keinerlei intime Kenntniß hat. Man hat Herrn Rickert vorgeworfen, daß er für die Arbeiter kein Herz und für sie nichts gethan habe. Es mag ja sein, daß er das nicht gethan hat, was Herr Storch wollte, aber was hat denn der für die Arbeiter gethan, das möchte ich einmal wissen. (Lebhafter Beifall.) Herr Rickert hat für die Flottenvorlage gestimmt, ein anderer Vorwurf ist ihm nicht gemacht worden. Aber, wenn er dagegen gestimmt hätte, dann wäre ihm auch ein Vorwurf gemacht worden und dieser wäre vielleicht viel begründeter gewesen. Herr Rickert kann reden, was er will, die Conservativen und die Socialdemokraten werden ihm doch ihre Stimme jetzt nicht geben und wenn er auch alle ihre Vorwürfe widerlegt. Sie wollen ihn nicht und darum taugt er nichts. Ich hoffe, daß der alte Stamm der liberalen Wähler noch so mächtig ist, daß der Mann, der so oft zu Ehren der Stadt Danzig in das Parlament geschickt ist, auch in diesem Jahre wieder hingeschickt werde. (Lebhafter Beifall.)

Hr. Rickert: Die Socialdemokraten wissen, daß sie in unseren Versammlungen zum Wort zugelassen werden, wir verlangen nur von ihnen, daß sie uns nicht stören. In Stettin haben sie gestört und früher im Bildungsvereinshause auch uns, in letzter Zeit nicht. Herr Storch hat mir vorgeworfen, ich kokettire mit den Arbeitern, ich buhle um ihre Stimme. Wer hat jemals erfahren, daß ich mit den Arbeitern kokettirt hätte? Viel eher könnte ich Herrn Storch vorwerfen, er kommt von Stettin nach Danzig und macht den Arbeitern Versprechungen, die er nicht halten kann. Herr Storch hat die communalen Verhältnisse in Berlin herangezogen. Was haben die mit der Reichstagswahl in Danzig zu thun? Nimmt er es mir übel, daß ich im Landtag und Reichstag für die Beamten eingetreten bin? Eine Menge von Dankesbriefen könnte ich ihm zeigen, daß sie anders darüber denken, wie er. Wenn die Regierung die Erfüllung eines Theils unserer Forderungen anbietet, sollte ich das nicht annehmen, weil ich das Ganze nicht erhalten kann? Wenn das, was ich einem Tausend bringen möchte, erst einmal Hunderten gewährt wird, so gebe ich es zuerst den Hunderten. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen uns und der Socialdemokratie, daß wir wenigstens einen Theil nehmen, wo wir das Ganze nicht bekommen können, während die Socialdemokraten nichts annehmen, wenn sie nicht das Ganze bekommen können. Herr Storch hat von der Aufhebung der Salzsteuer gesprochen. Die Socialdemokraten haben leider nicht angegeben, was an ihre Stelle treten sollte. Den Antrag auf die Besteuerung der Einkommen von 6000 Mk. habe ich schon bei der Militärvorlage im Jahre 1887 eingebracht. Hätten Sie die Flottenvorlage angenommen, wenn der Antrag angenommen worden wäre? (Ruf: Nein!) Nein auf keinen Fall. Wozu denn also der Antrag. Ich stimme wie ich denke und verantworten kann und werde mir nie vorschreiben lassen, wie ich stimmen soll. Sie verlangen Unterordnung. Das soll Freiheit sein? Ihr Staat ist Polizeistaat und für den danke ich. Herr Bebel hat in Hamburg zu den Genossen gesagt, viele, die heute Socialdemokraten sind, würden, wenn sie über Hunderttausende verfügten, die Socialdemokratie alsbald an den Nagel hängen. Herr Bebel muß es doch wissen. Von Ihrem Zukunftsstaate reden Sie nicht gern vor den Wahlen. Sie sind Republikaner, wir nicht; Sie wollen das Eigenthum, die Arbeitsmittel verstaatlichen. (Rufe: Nein!) Das wollen Sie leugnen? Allerdings, den Bauern können Sie mit dem Programm der Verstaatlichung des Grund und Bodens nicht kommen. Die hängen an ihrer Scholle. Mir aber ist vor allem die Unabhängigkeit meiner Ueberzeugung die Hauptsache. Unterordnung unter eine ausgegebene Parole kenne ich nicht. Ich folge meiner Ueberzeugung. Um mir diese Unabhängigkeit vollständig zu wahren, habe ich die Stellung als Provinzialbeamter aufgegeben und ich habe eine Genugthuung darin gefunden, für mein Vaterland und meine Heimath nach meiner Ueberzeugung, wenn auch unter materiellen Opfern, zu dienen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Töpfer Gurni: Es ist viel gegen die freisinnige Partei gesagt worden, sie soll sogar reactionär sein. Der eine Vorredner, der das meinte, muß, wenn er solche Agitationsreden hält, auch vernünftig sein (Unruhe); der redet von Arbeiten, von Entlassungen, er geht aber nicht auf die kaiserliche, auch nicht auf die Schichau'sche Werft, denn er arbeitet überhaupt nicht, und wenn auch noch so viel Arbeit da wäre. (Heiterkeit, stürmische Unterbrechungen.) Ich höre, er soll gemaßregelt sein (Rufe: Ja wohl), das wundert mich nicht, wenn er in so unvernünftiger Weise vorgeht. (Unruhe.) Wenn ich Arbeitgeber wäre, den ließ ich auch nicht bei mir arbeiten. (Großer Lärm.) Wenn nicht die Flottenvorlage angenommen wäre, wären hier nicht hundert, sondern fast alle Arbeiter entlassen. Man sagt, der Freisinn ist schlecht, der Freisinn ist viel besser als die Socialdemokraten, die Freisinnigen sind viel anständiger. Die Socialdemokraten sind hier so uneinig unter einander, daß sie nicht einmal hier in Danzig einen Candidaten haben finden können, sie müssen erst einen Storch aus Stettin holen (Heiterkeit und Lärm). Einen, der etwas konnte, den früheren Candidaten Jochem, haben sie zu Tode gehetzt, auf dem Parteitag haben sie ihn hinausgeworfen. (Zwischenrufe.) So schlecht sind wir nicht. Sie nennen das diktatorisch, ich danke schön für solch einen Gumpfkuchen. (Lebhafter anhaltender Beifall und große Unruhe bei den Socialdemokraten).

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Abendstunde vertagt der Vorsitzende nun die Verhandlungen bis zur nächsten Wählerversammlung. Mit einem lebhaften Hoch auf den Abgeordneten Rickert, dem die Socialdemokraten ein solches auf ihren Candidaten Storch entgegen riefen, verließen die Anwesenden den Saal.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 6. Juni.

* **[Liberale Wählerversammlung.]** Am Dienstag Abend wird in Neufahrwasser in der „Börse Danzig" eine Versammlung liberaler Wähler stattfinden.

** **[Armen-Unterstützungs-Verein.]** Der hiesige Armen-Unterstützungs-Verein bewilligte in seiner vorgestrigen Comitésitzung zur Austheilung für den Monat Juni 5365 Brode, 4180 Portionen Mehl, 435 Portionen Kaffee und 295 Liter Milch. Ferner wurde bewilligt: 1 Strohsack, 3 Bunde Stroh, 3 Laken, 2 Paar Schuhe und 10 Paar Holzpantoffeln.

Aus den Provinzen.

* **[Verwerfung einer Revision.]** Wegen **Mordes** ist am 21. April vom Schwurgericht in Allenstein der Besitzer Daniel **Witteck** zum **Tode** verurtheilt worden. Seine Revision, welche nur eine unbeachtliche Prozeßrüge enthielt, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Kawohlen, 1. Juni. In den Abendstunden des gestrigen Tages hatte, wie die „Tilsiter Zeitung" schreibt, die Käthnerfrau Kebedies von hier ihre fünf Kinder im Alter von einem bis acht Jahren, nachdem sie die beiden kleinsten zur Ruhe gelegt hatte, in der Wohnung allein zurückgelassen. Durch Spielen mit Streichhölzchen haben die beiden ältesten das Haus in Brand gesetzt. Nachdem die Flamme schon durch das Dach emporschlug, nahmen sie den Säugling aus der Wiege, das vierjährige Kind bei der Hand und suchten das Weite. Ein Kind von zweieinhalb Jahren blieb zurück und wurde, nachdem das Feuer gedämpft war, **verkohlt als Leiche** herausgebracht. Aus Verzweiflung über den Tod des Kindes wollte die Mutter Hand an sich legen.

Verantwortlicher Redacteur Georg Gander in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.